

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
der NATO**

**70. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO
vom 22. bis 25. November 2024 in Montréal, Kanada**

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| 1 Teilnehmende der deutschen Delegation..... | 2 |
| 2 Schwerpunkte der Tagung | 2 |
| 3 Politischer Ausschuss | 2 |
| 4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit..... | 7 |
| 5 Ausschuss für Demokratie und Sicherheit..... | 11 |
| 6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit..... | 13 |
| 7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie | 15 |
| 8 Plenarsitzung | 17 |
| 9 Verabschiedete Erklärungen..... | 21 |

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1 Teilnehmende der deutschen Delegation

Die 70. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization, NATO PV) fand vom 22. bis 25. November 2024 in Montréal, Kanada, statt. Deutschland hat 18 Sitze in der Versammlung, davon kann der Deutsche Bundestag zwölf Abgeordnete, der Bundesrat sechs Mitglieder entsenden.

Der Deutsche Bundestag entsandte folgende Mitglieder:

Abgeordneter Dr. Johann David Wadehul, Delegationsleiter (CDU/CSU),

Abgeordnete Marja-Liisa Völlers, stellvertretende Leiterin der Delegation (SPD),

Abgeordnete Rebecca Schamber (SPD),

Abgeordneter Thomas Silberhorn (CDU/CSU),

Abgeordnete Kerstin Vieregge (CDU/CSU),

Abgeordnete Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Dr. Marcus Faber (FDP),

Abgeordneter Ulrich Lechte (FDP).

Der Bundesrat entsandte folgende Mitglieder:

Minister Prof. Dr. Roman Poseck (CDU), Hessen,

Ministerin Daniela Behrens (SPD), Niedersachsen.

2 Schwerpunkte der Tagung

Die Schwerpunkte der Tagung waren die Lage im Nahen Osten nach dem 7. Oktober 2023, die Anpassung der NATO an aktuelle Herausforderungen, die Lage in Georgien, der Umgang mit dem globalen Süden, die Reformfortschritte der Ukraine auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft sowie deren Unterstützung durch die Alliierten im Abwehrkampf gegen Russland. Weitere Schwerpunkte waren die Luft- und Raketenabwehr der NATO, die transatlantische Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit, der Schutz des kulturellen Erbes in Konflikten, die Auswirkungen der Wasserunsicherheit auf die Sicherheit der Verbündeten sowie die Bekämpfung von sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten.

Intensiv diskutiert wurden zudem die Frage des Aufbaus einer wertebasierenden strategischen Partnerschaft mit dem indopazifischen Raum, die russische Kriegswirtschaft, kritische Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und die Förderung technologischen Fortschritts innerhalb der Allianz. Die Versammlung befasste sich zudem mit den Herausforderungen durch Chinas Halbleiterwirtschaft für die NATO, der Umgang mit synthetischer Biologie sowie der verantwortungsvolle Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

3 Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, den 23. November 2024, und am Sonntag, den 24. November 2024, unter dem Vorsitz von Brendan F. Boyle (Vereinigte Staaten von Amerika). Schwerpunkte der Beratungen waren die Lage im Nahen Osten nach dem 7. Oktober 2023, die aktuellen Herausforderungen für die NATO, die Lage in Georgien, der Umgang mit dem globalen Süden sowie die Reformfortschritte der Ukraine auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft.

3.1 Vortrag von Lucy Kurtzer-Ellenbogen, Direktorin für Israel, die palästinensischen Gebiete, Ägypten und die Levante, United States Institute of Peace, zum Thema „Überholte Annahmen, sich wandelnde Paradigmen: Orientierung im Nahen Osten nach dem 7. Oktober“

Lucy Kurtzer-Ellenbogen analysierte die Dynamik im Nahen Osten nach den Angriffen der Terrorgruppe Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, die einen entscheidenden Wendepunkt und einen Paradigmenwechsel darstellten. Die Terrorangriffe hätten Schwachstellen in den israelischen Geheimdiensten- und in der Landesverteidigung aufgedeckt und unterschiedliche Reaktionen des iranischen Stellvertreternetzwerks, darunter eine begrenzte Unterstützung durch die islamistisch-schiitische Partei und terroristische Organisation im Libanon, Hisbollah, offenbart. Die Bemühungen für eine Normalisierung dauerten an. Weiterhin gelte das zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain unter Mitwirken der Vereinigten Staaten von Amerika erarbeitete

Abraham-Abkommen. Auch bestehe das Interesse Saudi-Arabiens an einer Vertiefung der Beziehungen zu Israel unverändert fort. Der anhaltende Konflikt habe die palästinensische Frage und damit eine Zwei-Staaten-Lösung als entscheidend für die Erreichung eines langfristigen Friedens wieder in den Mittelpunkt gerückt. Sie betonte, es seien deeskalierende Kommunikationskanäle und ein regionaler Sicherheitsrahmen notwendig. Sie begrüßte erste Schritte in Richtung einer stillen Diplomatie zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, den arabischen Staaten und dem Iran. Mit Blick auf historische Parallelen deutete sie an, dass diese Krise, wie auch frühere, neue Wege für eine transformative Diplomatie und regionale Stabilität eröffnen könnten.

Auf die Frage von **Theo Francken** (Belgien) nach dem Einfluss des Irans im Nahen Osten, bekräftigte sie dessen zentrale Rolle bei der Destabilisierung der Region. Andere regionale Akteure, wie beispielsweise Saudi-Arabien, erreichten hingegen eine Balance zwischen deeskalierenden Annäherungen und Initiativen zur kollektiven Verteidigung. **Zsolt Nemeth** (Ungarn) erklärte, Vorrang vor einer Zwei-Staaten-Lösung habe die Konzentration auf die Bekämpfung des Terrorismus und des Irans. **Lucy Kurtzer-Ellenbogen** wandte ein, beide Ziele könnten parallel verfolgt werden, da die regionalen Akteure darauf bestünden, die palästinensische Frage als Voraussetzung für eine umfassende Annäherung anzugehen. **Tomasz Grodzki** (Polen) erkundigte sich nach der Beteiligung Russlands an den Konflikten im Nahen Osten. Sie erklärte, Russland engagiere sich opportunistisch und habe Interesse daran, die weltweite Aufmerksamkeit von seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine abzulenken. **Tomas Valasek** (Slowakei) sprach die Machbarkeit einer Zwei-Staaten-Lösung und die Bedeutung einer palästinensischen Behörde für die regionale Stabilität an. Er äußerte Sorge, dass Israel das Westjordanland anektieren könne. **Dimitrios Kairdis** (Griechenland) und **Yasmin Qureshi** (Vereinigtes Königreich) kritisierten die anhaltende Besatzung von palästinensischen Gebieten durch Israel und das aus ihrer Sicht von Israel der palästinensischen Bevölkerung angetane Unrecht. Auf die Frage von **Pedro Manuel Pessanha** (Portugal), wie die Krise eine transformative Diplomatie anstoßen könne, hob **Kurtzer-Ellenbogen** die Bedeutung von diplomatischen Bemühungen hervor und warnte vor übertriebenem Optimismus. **Koen Petersen** (Niederlande) ging auf die Auswirkungen des Konflikts auf die westlichen Länder, insbesondere durch einen zunehmenden Antisemitismus und einer ansteigenden Islamfeindlichkeit ein. **Lucy Kurtzer-Ellenbogen** bestätigte die besorgniserregende gesellschaftliche Polarisierung. Auf Nachfrage von **Louise Pratt** (Australien, parlamentarischer Beobachter) nach dem Potenzial von Dialogen auf Graswurzelebene, befürwortete sie ein entsprechendes Engagement und hob den Erfolg von Initiativen, wie dem amerikanischen Middle East Partnership for Peace Act, hervor.

3.2 Beratung des Berichtsentwurfs „NATO@75: Den Herausforderungen einer umstrittenen und unvorhersehbaren Welt begegnen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter **Tomas Valasek** (Slowakei) und Vortrag von Botschafter **Alexander Vershbow**, Distinguished Fellow, Scowcroft Center for Strategy and Security zum Thema „Das nächste Kapitel für die NATO“

Tomas Valasek legte dar, dass der russische Einmarsch in die Ukraine die Ära eines relativen Friedens nach dem Kalten Krieg beendet habe und forderte die Anhebung der nationalen Verteidigungsausgaben auf über zwei Prozent des Bruttosozialprodukts, da nur so die leeren Militärbestände aufgefüllt und die Einsatzbereitschaft sichergestellt werden könnten. Die NATO sei auf eine starke, demokratische Ukraine als Mitglied angewiesen, wenn sie eine langfristige Stabilität in Europa sichern möchte. Er lobte die wachsende Rolle der EU im Bereich der Verteidigung und forderte eine engere EU-NATO-Zusammenarbeit. Erforderlich seien Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit, wie beispielsweise durch die von der Versammlung geforderten Errichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier. Er bekräftigte das Bekenntnis der NATO zur Souveränität und einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und warnte, dass jede Lockerung dieses Bekenntnisses das Risiko für die Ukraine berge, erneut angegriffen zu werden. Des Weiteren ging er auf die neuen NATO-Strategien zur Bekämpfung des Terrorismus und für die Zusammenarbeit mit den südlichen Nachbarländern ein.

Botschafter Alexander Vershbow skizzierte die Herausforderungen für die NATO, die geprägt sei durch ihr 75-jähriges Bestehen und tiefgreifende politische Veränderungen. In den letzten zehn Jahren sei die kollektive Verteidigung und das Abschreckungspotenzial der NATO entscheidend gestärkt worden. Der Krieg in der Ukraine stelle eine anhaltende Belastungsprobe für die Entschlossenheit der Alliierten da. Die Fortsetzung der amerikanischen Hilfe könne nicht als selbstverständlich angesehen werden. Er warnte vor den Risiken eines voreiligen Waffenstillstands oder gar vor einer Beendigung der Unterstützung, da dies Russland ermutigen und internationale Normen untergraben könne. Der Verhandlungsspielraum der Ukraine müsse durch die anhaltende militärische Hilfe gesichert werden. Die transatlantische Zusammenarbeit müsse erneuert und die europäischen Verbün-

deten sollten mehr Verantwortung für die Verteidigung und Missionen außerhalb von Artikel 5 des NATO-Vertrages übernehmen. Damit könnten sie der Kritik von den Vereinigten Staaten von Amerika an der Abhängigkeit Europas von amerikanischen Fähigkeiten entgegenwirken sowie die Trump-Regierung davon überzeugen, ihrerseits ihre NATO-Verpflichtungen aufrechtzuerhalten bei gleichzeitiger Wahrung ihrer strategischen Prioritäten im indopazifischen Raum. Abschließend forderte er ein aktives europäisches Engagement, um eine robuste und ausgewogene Zukunft der NATO zu sichern.

Barbara Hegedus (Ungarn) und **Audronius Azubalis** (Litauen) erkundigten sich nach den möglichen Auswirkungen einer Fortsetzung und Erhöhung von Militärhilfen für die Ukraine sowie nach den Risiken einer Eskalation. **Tomas Valasek** betonte, eine Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine sei unerlässlich, da Putin nur dann ernsthaft verhandeln würde, wenn er mit erheblichen Verlusten auf dem Schlachtfeld rechnen müsse. Notwendig seien starke Sicherheitsgarantien für die Ukraine, um Russland davor abzuhalten, künftige Abkommen zu untergraben. **Botschafter Alexander Vershbow** stimmte zu und warnte vor einem vorzeitigen Waffenstillstand, der es Russland ermögli- che, sich neu zu formieren und aufzurüsten. Eine stärkere militärische Unterstützung zum jetzigen Zeitpunkt würde die Position der Ukraine in eventuellen Verhandlungen stärken. **Tim Roca** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach der Nutzung von strategischer Ambiguität durch die NATO zur Abschreckung von Aggressionen. **Tomas Valasek** erklärte, insbesondere in Bezug auf Artikel 5 des NATO-Vertrages sei diese von entscheidender Bedeutung. Die westlichen Staats- und Regierungschefs sollten sie durch klare Botschaften ergänzen, um den nuklearen Bedrohungen durch Russland entgegenzuwirken. **Botschafter Alexander Vershbow** betonte die Bedeutung einer einheitlichen und glaubwürdigen Haltung, um die Abschreckung zu stärken und das Risiko von Fehleinschätzungen durch die Gegner zu verringern. **Michael Kartrinis** (Griechenland) fragte, ob die NATO-Ziele für die Verteidigungsausgaben, einschließlich der Empfehlung von 2,5 Prozent ausreichend seien. **Tomas Valasek** erklärte, die Angemessenheit der Verteidigungsausgaben hänge von den einzelnen Ländern ab. Für einige könnten zwei Prozent ausreichen, um ihren vollen Beitrag zu den NATO-Fähigkeitszielen leisten zu können, während andere aufgrund jahrzehntelanger Investitionsdefizite drei bis vier Prozent ausgeben müssten. **Botschafter Alexander Vershbow** stimmte dem zu und schlug die Festlegung eines Drei-Prozent-Ziels für die NATO vor. Symbolische Verpflichtungen ohne konkrete Ergebnisse würden die Glaubwürdigkeit der NATO untergraben. **Audronius Azubalis** (Litauen) ging auf den Vorschlag von Polen ein, der die Bildung einer Koalition zur Verteidigung der Ukraine, einschließlich der Beschlagnahme russischer Vermögenswerte und der Gewährleistung realer Sicherheitsgarantien vorsehe. **Tomas Valasek** unterstützte den Vorschlag, verwies jedoch auch auf rechtliche und logistische Herausforderungen, die sich bei der Beschlagnahme von eingefrorenen russischen Vermögenswerten ergäben und empfahl, zunächst die Erlöse aus diesen Vermögenswerten vollständig zu nutzen. **Botschafter Alexander Vershbow** forderte Europa zur Übernahme einer Führungsrolle bei Initiativen auf, welche die kollektiven Verteidigungsziele der NATO unterstützten. Er befürwortete den Einsatz von Luftverteidigungssystemen zum Schutz der Ukraine und angrenzenden NATO-Gebiete und bezeichnete dies als überfälligen, aber notwendigen Schritt. Auf die Sorgen von **Irma Kalnina** (Lettland) hinsichtlich möglicher Konsequenzen für die NATO und die Ukraine durch den Amtsantritt der neuen US-Regierung, zeigte sich **Tomas Valasek** vorsichtig optimistisch, indem er die parteiübergreifende Unterstützung der USA für die Ukraine hervorhob. Er erinnerte zudem an die gestiegenen Verteidigungszusagen der USA gegenüber der NATO während der ersten Amtszeit von Präsident Trump. Die zukünftige Politik hänge sehr von den Besetzungen der Schlüsselpositionen in der neuen Regierung ab. **Botschafter Alexander Vershbow** ermutigte sich proaktiv mit der neuen US-Regierung auszutauschen und warnte vor politischen Kehrtwenden, welche die Position der Ukraine untergraben und das Bündnis schwächen könnten. Die NATO müsse ein breites Spektrum an Bedrohungen angehen, wobei der Herausforderung durch Russland aufgrund ihres Ausmaßes und ihrer Auswirkungen Vorrang eingeräumt werden müsse. Die NATO müsse ein Bündnis bleiben, dem es gelinge, alle Sicherheitsanliegen der Mitgliedstaaten ausgewogen zu berücksichtigen. Die Umsetzung der auf den Gipfeltreffen in Madrid und Washington getroffenen Entscheidungen sei für die Erreichung dieses Gleichgewichts von entscheidender Bedeutung. Russland werde auch bei einem Waffenstillstand weiterhin danach streben, die Ukraine zu kontrollieren, und sich dabei wahrscheinlich von militärischer Aggression zu hybriden Taktiken verlagern. Daher sei die Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen von entscheidender Bedeutung. Auch nach gegebenen Sicherheitsgarantien für die Ukraine, müsse die NATO weiterhin wachsam bleiben.

Der überarbeitete Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

3.3 Beratung über den Berichtsentwurf des Unterausschusses „transatlantische Beziehungen“ zum Thema „NATO-Partner in Gefahr“, vorgelegt von der Berichterstatteerin Ana-Maria Catauta (Rumänien) und Vortrag von Laura Thornton, Senior Director, Global Democracy Programs, McCain Institute, zum Thema „Georgien nach den Wahlen im Oktober 2024: Quo Vadis?“

Cheryl Gallant (Kanada) stellte in Vertretung den Berichtsentwurf über die verwundbaren NATO-Partner Bosnien und Herzegowina, Moldau und Georgien vor. Sie unterstrich, angesichts eskalierender externer Bedrohungen und interner Schwachstellen müssten diese Länder unterstützt werden. Sie wies auf die fragilen Fortschritte Bosniens und Herzegowinas seit dem Abschluss des Abkommens von Dayton im Jahr 1995 hin, welche durch ethnische Spaltungen, politische Herausforderungen und die Verbindungen der Republika Srpska zu Moskau erschwert würden. Die Widerstandsfähigkeit Moldaus unter Präsidentin Maia Sandu, welche sich durch eine Hinwendung zur europäischen Integration und Unterstützung für die Ukraine auszeichne, stehe im Gegensatz zu den anhaltenden Herausforderungen durch die russische Einflussnahme und zum eingefrorenen Konflikt in Transnistrien. Georgien werde Wahlbetrug vorgeworfen und sei durch mit Moskau abgestimmte Regierungsmaßnahmen mit einem Rückschritt in seiner Demokratie konfrontiert, welcher seine pro-europäischen Bestrebungen untergrabe.

Im Bericht werde eine verstärkte NATO-Unterstützung zur Stärkung der demokratischen Institutionen sowie der Verteidigungs- und Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen in diesen Ländern gefordert.

Laura Thornton lieferte eine kritische Analyse der Lage in Georgien nach den Wahlen und wies auf einen deutlichen Rückgang an demokratischer Regierungsführung unter der Regierung der Partei „Georgischer Traum“ hin. Georgien habe lange Zeit einen Ruf als regionaler demokratischer Vorreiter gehabt, der inzwischen aufgrund ins Stocken geratener Reformen, Korruption in der Justiz und wachsendem Einfluss des Kremls erodiert sei. Die Wahlen im Oktober 2024 seien die Unterdrückung der Wählerinnen und Wähler, statistischen Unregelmäßigkeiten und einem vergifteten politischen Klima geprägt. Die georgische Regierung lehne sich an die russische Rhetorik an, sei feindselig gegenüber den westlichen Alliierten und das Parlament verabschiede Gesetze nach dem Vorbild der Kreml-Politik. Alle diese Maßnahmen untergraben die georgischen EU-Bestrebungen. Die Oppositionsgruppen, unterstützt von der Zivilgesellschaft und der Präsidentin, lehnten die Wahlergebnisse ab und sehen sich gewaltsamen Razzien ausgesetzt. Sie warnte vor einer anhaltenden Pattsituation, die nur dann verhindert werden könne, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika und die EU strengere Sanktionen verhängten, umfassende Reformen einforderten und die Unterstützung für die georgische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien verstärkten. Georgiens demokratische Integrität sei nach wie vor sein größter Vorteil und für die Partnerschaft mit dem Westen von entscheidender Bedeutung. Sie forderte, weiterhin Druck auf die Regierung auszuüben und gleichzeitig an der Seite des georgischen Volkes zu stehen.

Audronius Azubalis (Litauen) und **Marko Mihkelson** (Estland) betonten die Parallelen zwischen dem Niedergang der Demokratie in Georgien und anderen Ländern, wie beispielsweise in Belarus. Sie forderten strengere Maßnahmen, wie beispielsweise Sanktionen gegen die Parteiführung „Georgischer Traum“ und die Isolierung der georgischen Regierung. **Kerstin Lundgren** (Schweden) und **Tomasz Grodzki** (Polen) forderten die unmissverständliche Verurteilung der unfreien Wahlen. Auf die Frage, wie lange der Gründer und Geldgeber der Partei „Georgischer Traum“, Bidsina Iwanischwili, einflussreich bleiben könne, betonte **Laura Thornton**, dass diese Partei der Macht Vorrang vor Reformen einräume und auf die vermeintliche Müdigkeit des Westens durch den Krieg in der Ukraine setze. Chinas Investitionen in Georgien seien strategisch und würden in erster Linie Peking und nicht Tiflis zugutekommen. **Philippe Didier Courard** (Belgien) und **Tim Roca** (Vereinigtes Königreich), erkundigten sich nach der Lage in Moldau und äußerten sich besorgt über die von Russland unterstützte Einmischung, russischen Desinformationen und den Transnistrien-Konflikt. Die bevorstehende Parlamentswahl käme zu einem kritischen Zeitpunkt. **Laura Thornton** stimmte der Dringlichkeit zu und verwies auf die russischen Finanzmittel in Höhe von 55 Millionen US-Dollar zur Finanzierung böswilliger Aktivitäten in Moldau. Sie betonte Moldaus Einfluss in Transnistrien aufgrund des Krieges in der Ukraine. **Cheryl Gallant** (Kanada) wies auf die strategische Bedeutung Moldaus hin und schlug vor, dieses Thema in zukünftigen Berichten weiter zu untersuchen. **Koen Peterson** (Niederlande) und **Zdravka Busic** (Kroatien) erkundigten sich nach Strategien zur Bekämpfung der prorussischen Stimmung und zur Stärkung der Demokratie in gefährdeten Ländern. **Laura Thornton** betonte die Bedeutung präventiver, auf den lokalen Kontext zugeschnittener Botschaften, wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit Geistlichen in Georgien. Einigkeit bestand, dass eine erfolgreiche Unterstützung der Ukraine weitreichende Auswirkungen habe und die Stabilität sowie die demokratischen Bestrebungen von Ländern wie Georgien und Moldau direkt beeinflussten. **Tim Roca** (Vereinigtes Königreich) forderte ein stärkeres Engagement der NATO und der EU bei der Unterstützung von Moldau, Georgien sowie Bosnien und Herzego-

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

wina, einschließlich gezielter Hilfe für die Cybersicherheit, Bekämpfung von Desinformation und Stärkung demokratischer Institutionen. Ein einheitlicher transatlantischer Ansatz sei notwendig, um dem russischen Einfluss in der gesamten Region entgegenzuwirken. **Laura Thornton** betonte die Bedeutung von abgestimmten Sanktionen und Unterstützungsmechanismen zwischen den NATO- und EU-Verbündeten. **Cheryl Gallant** (Kanada) bestätigte, dass der Westbalkan in künftigen Berichten der Versammlung stärker in den Fokus rücken werde.

Der überarbeitete Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

3.4 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „die NATO und der Globale Süden“, vorgelegt von dem Berichterstatter **Audronius Azubalis** (Litauen)

Audronius Azubalis betonte die zunehmende geopolitische Bedeutung der Region des Globalen Südens. Bis 2033 würden bestimmte Volkswirtschaften, wie beispielsweise China, Indien und Indonesien das globale Brutto-sozialprodukt dominieren. Kritische Ressourcen, wie beispielsweise Lithium und Kobalt, seien im Globalen Süden konzentriert. Diese Verschiebungen, gekoppelt mit dem demografischen Aufschwung in Afrika, unterstrichen die Rolle der Region bei der Neugestaltung der globalen Machtdynamik. Russland und China nutzten antiwestliche Narrative aus, um ihren Einfluss in Afrika, Lateinamerika und Asien zu vertiefen. Initiativen wie beispielsweise Chinas „Belt and Road“-Initiative verursachten wirtschaftliche Abhängigkeiten. Der Ansatz der NATO müsse strategischen Pragmatismus und gegenseitigen Nutzen vereinen und dürfe sich nicht ausschließlich auf moralische Argumente verlassen. Die Beziehungen zu wichtigen Akteuren, wie beispielsweise zu Indien, müssten vertieft, der russischen und chinesischen Propaganda entgegengewirkt sowie die NATO-Initiative zum Aufbau von Verteidigungskapazitäten ausgeweitet werden. Er forderte die Errichtung eines NATO-Kompetenzzentrums für den Globalen Süden, das die strategische Kapazität der NATO verstärken würde.

Theo Francken (Belgien) äußerte Vorbehalte gegen den Begriff „Globaler Süden“ und erklärte, dass dieser Spaltungen verstärken und den Zusammenhalt zwischen verschiedenen Nationen unter Narrativen fördern könne, die möglicherweise von China und Russland gesteuert würden. Er sprach sich für mehr maßgeschneiderte bilaterale oder regionale Ansätze für das politische Engagement der NATO aus. Berichterstatter **Azubalis** räumte ein, mit einzelnen Nationen oder Regionen zusammenzuarbeiten sei schwierig. Gleichzeitig sei es wichtig, allzu grobe Kategorisierungen zu vermeiden. Er sprach sich für einen nuancierten Ansatz bei den NATO-Partnerschaften aus.

Koen Peterson (Niederlande) fragte nach den Gründen für die Empfehlung, einigen führenden Nationen aus dem Globalen Süden je einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat ohne Vetorecht zu gewähren. Ein solcher Vorschlag könne als unzureichend oder paternalistisch empfunden werden. Der Berichterstatter sprach sich für einen maßvollen Ansatz aus und empfahl schrittweise Reformen, um die Herausforderungen der globalen Regierungsführung anzugehen. Dafür könne ein ständiger Sitz ohne Vetorecht im VN-Sicherheitsrat ein erster Schritt zu einer breiteren Einbeziehung sein. **Luis Rodriguez-Comendador** (Spanien) hob die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums in Afrika hervor und betonte die Notwendigkeit, verstärkt in lokale Möglichkeiten zu investieren, um den potenziellen Migrationsdruck auf Europa zu verringern. **Audronius Azubalis** unterstrich die Bedeutung von Investitionen und der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen, um die Migrationsursachen zu bekämpfen. **Mevlüt Çavuşoğlu** (Türkei) erklärte, es sei wichtig, Vertrauen und Inklusivität in den Beziehungen zum Globalen Süden zu fördern. Abschließend betonte der Berichterstatter, umfassende Anstrengungen zur Stärkung der Beziehungen müssten zur Bewältigung der einzigartigen Herausforderungen, die sich in dem jeweiligen Partnerland stellten, unternommen werden.

Der überarbeitete Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

3.5 Beratung des Berichtsentwurfs des Interparlamentarischen Ukraine-NATO Rates zum Thema „Ukraine: Reformfortschritte auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft“, vorgelegt von dem Berichterstatter **Yehor Cherniev** (Ukraine, NATO-Kandidat)

Yehor Cherniev betonte das unerschütterliche Bekenntnis der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft trotz der Herausforderungen, die der andauernde russische Angriffskrieg mit sich bringe. Die Ukraine habe bedeutende Reformfortschritte in Bereichen wie beispielsweise Militärjustiz, Korruptionsbekämpfung, Rüstungsbeschaffung und NATO-Interoperabilität unternommen. Die Ukraine sei zudem Initiativen der NATO beigetreten, wie beispielsweise die des Interoperabilitäts-Fahrplans oder die der Einrichtung des Joint Analysis, Training and Exercise Center (JETEC). Er forderte entschiedene westliche Unterstützung, darunter beschleunigte Militärhilfen, fortschrittliche Waffen und die formelle Einladung der NATO an die Ukraine. Frieden sei nur durch Stärke zu erreichen. Er legte dar, dass der Mut und die erzielten Reformen mit der Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit für die euro-atlantische Region in Einklang stünden.

Cheryl Gallant (Kanada) erklärte, russische Desinformation infiltrierte kanadische Institutionen wie beispielsweise die kanadische Armee und wirke sich auf die Moral und Wahrnehmung aus. **Yehor Cherniev** betonte, proaktive Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformationen müssten ergriffen werden. Er erläuterte die Erfahrungen der Ukraine bei der Bekämpfung solcher Kampagnen und bot eine Zusammenarbeit mit den kanadischen Behörden an. **Theo Francken** (Belgien) erkundigte sich nach möglichen Wahlen in der Ukraine und dem Umfang der benötigten militärischen Unterstützung im Krieg. **Yehor Cherniev** erklärte, die Abhaltung von Wahlen sei unter dem Kriegsrecht aufgrund verfassungsrechtlicher und logistischer Herausforderungen, einschließlich vertriebener Bevölkerungsgruppen und der Sicherheit der Wählerinnen und Wähler, unmöglich. Er hob den Erfolg der Lieferung von F-16-Kampffjets in der Luftverteidigung hervor, deren Einsatz in der Nähe der Frontlinien aufgrund der russischen Luftabwehr allerdings begrenzt sei. Hinsichtlich eines möglichen politischen Kurswechsels unter einer Trump-Regierung unterstrich er die Dialogbereitschaft der Ukraine. Jedoch sei weiterhin eine robuste militärische und strategische Unterstützung notwendig. **Michal Szczerba** (Europäisches Parlament) erklärte, sofortige und verstärkte Militärhilfen seien notwendig, einschließlich Luftverteidigungssystemen. Er schlug darüber hinaus die Errichtung einer Flugverbotszone über der westlichen Region der Ukraine vor. **Yehor Cherniev** unterstrich den dringenden Bedarf der Ukraine an Langstreckenraketen, Artillerie und Investitionen in die einheimische Rüstungsproduktion, um den Widerstand aufrechtzuerhalten. **Kevin Bonavia** (Vereinigtes Königreich) und **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (Europäisches Parlament) äußerten Bedenken hinsichtlich der Gewährleistung von Transparenz bei der Verwendung der Wirtschaftshilfe durch die Ukraine. **Yehor Cherniev** versicherte, die Ukraine fühle sich zur Rechenschaftspflicht verpflichtet. Er verwies auf bestehende trilaterale Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds und dessen Prüfungen hin, um die ordnungsgemäße Zuweisung von Mitteln für militärische und humanitäre Zwecke nachzuweisen. **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (Europäisches Parlament) betonte, die NATO-Staaten müssten die Unterstützung für die Ukraine aufrechterhalten sowie entschlossen und geschlossen handeln. Berichterstatter **Cherniev** bekräftigte, dass die Abwehr der russischen Aggression für die europäische Sicherheit von entscheidender Bedeutung sei und forderte einen proaktiven Ansatz, einschließlich verschärfter Sanktionen und koordinierter militärischer Unterstützung. Auf den Hinweis von **Audronius Azubalis** (Litauen), dass der Ukraine es an personellen Ressourcen für die Streitkräfte mangle, verwies **Yehor Cherniev** auf die ukrainischen Wehrpflichtbemühungen, durch welche die Zahl der verfügbaren Kräfte erheblich gestiegen sei. Er unterstrich die Bedeutung, neu gebildete Brigaden mit angemessenen Waffen auszustatten, um ihre Effektivität auf dem Schlachtfeld zu gewährleisten.

Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

3.6 Beratung des Entschließungsentwurfs „Die NATO nach dem Washingtoner Gipfel: Die Allianz zukunftssicher machen und die Ukraine bis zum Sieg unterstützen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Tomas Valasek (Slowakei)

Von 22 Änderungsanträgen wurden in der Beratung 19, darunter einige mit einem geänderten Wortlaut, angenommen. Der Entschließungsentwurf wurde sodann in der geänderten Fassung einstimmig angenommen.

4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 23. November 2024, und am Sonntag, 24. November 2024, unter dem Vorsitz von Alec Shelbrooke (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die Luft- und Raketenabwehr der NATO, die transatlantische Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und deren Unterstützung durch die Alliierten.

4.1 Vortrag von Generalleutnant Lise Bourgon, Oberbefehlshaberin des Militärpersonals der kanadischen Streitkräfte, zum Thema „Kanadas Beitrag zur Sicherheit der Alliierten und Ansichten zur Entwicklung der Nordflanke der NATO“

Lise Bourgon erläuterte, autoritäre Regime würden die regelbasierte internationale Ordnung durch Taktiken und Mittel untergraben und die alliierten Streitkräfte unter Druck setzen. Die Alliierten müssten die Abschreckung und die Verteidigung an hybride Bedrohungen, insbesondere Cyber- und Weltraumbedrohungen, anpassen. Hinsichtlich dieser Herausforderungen müssten die fähigsten Streitkräfte rekrutiert und gehalten werden. Bei der Rekrutierung von kanadischen Streitkräften seien drei Prioritäten zu beachten. Um die Gesamtzahl des Militärpersonals zu erhöhen, sollten die Einstiegshürden gesenkt werden. Um das Personal langfristig zu binden, solle ein Fokus auf der Verbesserung der Organisationskultur, die Unterstützung der Familien und das Angebot von

mehr beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten liegen. Drittens müsse Kanada seine militärische Bereitschaft verbessern und die Verteidigungsausgaben erhöhen, um den Richtwert von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen. Sie hob die verschiedenen Beiträge Kanadas zur NATO hervor, so habe Kanada beispielsweise die Führung der multinationalen Brigade in Lettland inne und nehme an alliierten Luft- und Seeoperationen teil.

Lord Mark Lancaster (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach den Plänen der kanadischen Streitkräfte für die Reservestreitkräfte, woraufhin **Lise Bourgon** eine bessere öffentliche Kommunikation und die Stärkung des Personals anführte. Auf die Frage von **Alex Ruff** (Kanada) nach der Aufnahme von Migranten in das Militär, antwortete sie, die kanadischen Streitkräfte hätten das Verfahren zur Sicherheitsüberprüfung für interessierte Migranten vereinfacht. Auf die Frage von **Solomiia Bobrovska** (Ukraine, NATO-Kandidat), wie die kanadischen Streitkräfte die Zahl der aktiven Soldaten erhöhen wollen, erwiderte **Lise Bourgon**, bis zum Jahr 2029 sei geplant, die Zahl der aktiven Soldaten von 64.000 auf 71.500 zu erhöhen. **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten von Amerika) erkundigte sich nach dem kanadischen Vorgehen im Weltraum sowie der Rolle von Eisbrechern für die kanadische Verteidigung. **Lise Bourgon** erwiderte, das Militär müsse mehr in neue Bereiche investieren und neue Arktis- und Offshore-Patrouillenschiffe beschaffen, um die Präsenz im Hohen Norden zu verstärken. Auf die Frage von **Cheryl Gallant** (Kanada) nach der akademischen Anrechnung von Ausbildungskursen für Militärangehörige, erklärte sie, dass das Militär mit Veterans Affairs Canada sowie den Provinzen und Territorien zusammenarbeitete, um die Anerkennung zu verbessern und die Standards zu harmonisieren. **Christine Normandin** (Kanada) sprach den Wettbewerb mit dem Privatsektor um Personal an und **Lise Bourgon** erklärte, dass die kanadischen Streitkräfte Anreize prüften, um die Militärlaufbahn attraktiver zu machen. Auf die Frage von **Deacon Marty** (Kanada) nach dem Einsatz neuer Technologien, erklärte **Lise Bourgon**, dass die kanadischen Streitkräfte in die Digitalisierung sowie in neue Instrumente investieren müssten. **Michal Szczerba** (Europäisches Parlament) fragt, wie Kanada seine Verteidigungsindustrie fördern könne. **Lise Bourgon** führte aus, dass die Förderung ein Schwachpunkt von Kanada im NATO-Bündnis sei und Kanada sich darauf vorbereite, die Produktion zu erhöhen.

4.2 Vortrag von Shaan Shaikh, stellvertretender Direktor des Missile Defense Project am Center for Strategic and International Studies und Beratung des Generalberichtsentwurfs „Entwicklung der Luft- und Raketenabwehrstellungen der NATO“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Utku Cakirozer (Türkei)

Utku Cakirozer betonte, die NATO müsse sich dringend auf die Luft- und Raketenabwehr konzentrieren. Russland greife die Ukraine täglich mit Raketen an und ziele dabei sowohl auf die Streitkräfte an der Front als auch auf die lebenswichtige Infrastruktur. Russland habe erst kürzlich eine neue Überschall-Mittelstreckenrakete abgefeuert, um die NATO-Alliierten vor einer potenziellen Eskalation zu warnen. Zudem stellten der Iran und Nordkorea weiterhin erhebliche Bedrohungen für die Sicherheit der Bündnispartner dar. Die Alliierten hätten zwar einige Fortschritte im Bereich der Luft- und Raketenabwehr erzielt, jedoch sei ihre Rüstungsindustrie immer noch nicht auf dem erforderlichen Stand. Sie müssten die militärische Unterstützung für die Ukraine aufrechterhalten, die erschöpften Arsenale auffüllen und fortschrittliche Verteidigungssysteme für ihre zukünftigen Streitkräfte aufbauen. Er empfahl eine verbesserte Luft- und Raketenabwehr an der Ostflanke, eine stärkere Unterstützung der Verteidigungsindustrie, den Abbau von Hindernissen für die Zusammenarbeit sowie die Erhöhung der Verteidigungsausgaben über den Richtwert von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Shaan Shaikh erläuterte die Entwicklung der Bedrohungen für die Luft- und Raketenabwehr und beschrieb eine Ära der „Massenpräzision“, in der die Zahl der Raketen parallel zu den technologischen Fortschritten sich rasant erhöht habe. Die NATO habe sich mit der Rotation von militärischen Mitteln an der Ostflanke, einer verstärkten Luftraumüberwachung sowie mit verbesserten Befehls- und Kontrollsystemen an diese Entwicklung angepasst. Die Alliierten verstärkten zudem ihr Beschaffungswesen durch Initiativen wie die European Sky Shield Initiative. Er forderte, Ziele der Europäischen Integrated Air and Missile Defence zu veröffentlichen und Lehren aus der modernen Kriegsführung umzusetzen.

Mehmet Ali Celebi (Türkei) erkundigten sich nach den Erkenntnissen aus dem russischen Einmarsch in die Ukraine. **Utku Cakirozer** sagte, eine zentrale Lehre sei die Bedeutung von mobiler, verteilter und bodengestützter Raketenabwehr. Die Verteidigung der Ukraine zeige, dass die Luft- und Raketenabwehr wirksam sei. **Mike Turner** (Vereinigte Staaten von Amerika) betonte, dass die Bündnispartner sich auf die industrielle Produktion von Verteidigungsgütern konzentrieren müssten, um die zukünftigen Herausforderungen der Luft- und Raketenabwehr bewältigen zu können. **Utku Cakirozer** bekräftigte dies und betonte, die Regierungen müssten ihrer Verteidigungsindustrie konsequent Nachfragesignale geben. Auf die Frage von **Jukka Kopra** (Finnland), wie die Bündnispartner ihre Luft- und Raketenabwehr effizient ausbauen könnten, antwortete **Utku Cakirozer**, dass sie sich auf die Kapazitäten, Integration und Interoperabilität konzentrieren müssten. **Shaan Shaikh** erläuterte, die

Alliierten müssten ihre Integration durch gemeinsames Training und die Einführung ähnlicher Grundsätze verbessern. **Natalia Pouzyreff** (Frankreich) hob Frankreichs starke Grundlage in der Verteidigungsindustrie hervor und fragte nach exo-atmosphärischen Raketenabwehrsystemen. **Utku Cakirozer** bestätigte, Frankreich sei ein starker Produzent von Raketen- und Luftabwehrsystemen. **Shaan Shaikh** betonte, die exo-atmosphärische Raketenabwehr stelle ein Teil der gesamten Luftverteidigung dar und sei wichtig für eine wirksame mehrschichtige Luftverteidigungsfähigkeit. **Randy Martens** (Niederlande) fragte nach der Kosteneffizienz der Raketenabwehr. **Utku Cakirozer** antwortete, sie sei ein Schlüssel zur Entwicklung neuer Systeme. **Shaan Shaikh** erwiderte, die durchschnittlichen Kosten würden durch großangelegte Beschaffungen sinken. **Alex Ruff** (Kanada) erkundigte sich, wie man Russland davon abhalten könne, zivile Infrastrukturen anzugreifen. **Utku Cakirozer** erläuterte, wirksame, mehrschichtige moderne Luftverteidigungssysteme leisteten einen großen Beitrag zur Abschreckung. **Joon Hyung Kim** (Südkorea, parlamentarischer Beobachter) fragte, wie die Bündnispartner die Aufrüstung der Luft- und Raketenabwehr finanzierten. **Utku Cakirozer** erklärte, höhere Investitionen in die Verteidigung seien von entscheidender Bedeutung.

4.3 Vortrag von Botschafter William B. Taylor, Vizepräsident am United Institute of Peace, und Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Russlands Krieg und die Unterstützung der Alliierten für die Ukraine“, vorgelegt von dem Berichterstatter Rick Larsen (Vereinigte Staaten von Amerika)

Rick Larsen informierte über die jüngsten Entwicklungen der russischen Invasion in der Ukraine, einschließlich des Vormarsches bei Kursk und der Unterstützung der russischen Truppen durch Nordkorea. Er erörterte die militärische Zusammenarbeit zwischen den autoritären Regimen Russland, China, Iran und Nordkorea sowie die steigenden Kosten des Krieges. Er unterstrich das grundlegende Interesse aller Bündnispartner, die Ukraine weiterhin zu unterstützen, um die russischen Aggressionen abzuwehren und ihre gemeinsamen Werte zu verteidigen. Die Ukraine müsse mit dem gesamten Spektrum moderner Waffensysteme, die entscheidend auf dem Gefechtsfeld seien, insbesondere Luftverteidigungssysteme, gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie und Munition ausgerüstet werden. Des Weiteren solle die finanzielle Unterstützung erhöht und die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine verstärkt werden.

Botschafter Taylor betonte, die Ukraine benötige diplomatische Garantien vor der Aufnahme von möglichen Verhandlungen mit Russland. Die beste Garantie sei die Mitgliedschaft in der NATO, die aber erst nach dem Ende der Kämpfe möglich sei. Die Bündnispartner sollten jedoch der Ukraine eine Einladung für eine NATO-Mitgliedschaft aussprechen, was Geschlossenheit gegenüber Russland signalisiere. Er schlug vor, dass die Alliierten eine Art De-facto-Mitgliedschaft der Ukraine in Erwägung ziehen sollten, indem sie ihr die Teilnahme am Nordatlantikrat und am Militärausschuss ermöglichten. Er unterstrich die Gründe für eine fortgesetzte politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung für die Ukraine. Mit den Hilfen schützten die Alliierten nicht nur die Ukraine, sondern auch die gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen für die Zukunft des euro-atlantischen Raumes und die gemeinsamen Werte. Dies sei ein Test für die Stärke der transatlantischen Bindungen, auf die alle Bündnispartner angewiesen seien, um in einer Ära des verschärften Wettbewerbs mit autoritären Großmächten bestehen zu können, die die regelbasierte internationale Ordnung untergraben wollten.

Derek Twigg (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, wie die Bündnispartner ihre Unterstützung für die Ukraine systematisch verbessern könnten. **Rick Larsen** empfahl, die Bemühungen durch NATO-Mechanismen zu zentralisieren. Die Mission der NATO sei es, die Ukraine bis zum Sieg zu unterstützen. **Raimond Kaljulaid** (Estland) fragte, wie Russland durch eine Einladung an die Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft abgeschreckt werden könne. **Botschafter Taylor** antwortete, die NATO-Beitritte Finnlands und Schwedens seien Beispiele für eine gelungene Abschreckung gegenüber Russland. Auf die Frage von **Vincent Blondel** (Belgien), wie sich eine De-facto-NATO-Mitgliedschaft der Ukraine auf den Konflikt auswirken könne, erwiderte **Botschafter Taylor**, dies würde ein starkes politisches Signal an Russland senden, dass sich Aggression nicht auszahle. **Mehmet Ali Celebi** (Türkei) bat um ergänzende Ausführungen zur Türkei und zum Montreux-Übereinkommen, das der Türkei die volle Souveränität über den Schiffsverkehr durch die Dardanellen und den Bosphorus verleihe. **Natalia Pouzyreff** (Frankreich) verwies auf die Unterstützung Frankreichs durch die Lieferung zusätzlicher Waffensysteme an die Ukraine. **Rick Larsen** legte dar, dass sowohl das US-Repräsentantenhaus als auch die amerikanische Öffentlichkeit die Ukraine nachdrücklich unterstützten. Auf die Frage von **Solomiia Bobrovska** (Ukraine, NATO-Kandidat), ob der Ukraine mehr Freiheiten für Militärschläge in Russland eingeräumt werden könnten, antwortete **Rick Larsen**, dass der US-Kongress die Regierung dazu dränge. **Mike Turner** (Vereinigte Staaten von Amerika) erklärte, es bestehe eine politische Kluft zwischen dem US-Kongress und der Regierung hinsichtlich der Freigabe,

Militärschläge auf militärische Ziele in Russland ausführen zu dürfen. **Botschafter Taylor** erklärte, die derzeitige Regierung folge in diesen Fragen im Allgemeinen dem Kongress, jedoch nicht in dem von vielen Kongressabgeordneten gewünschten Zeitrahmen.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

4.4 Beratung des Berichts der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten zum Thema „Russlands destabilisierende Rolle in der südlichen Nachbarschaft der NATO“, vorgelegt von dem Berichterstatter Theo Francken (Belgien)

Theo Francken erklärte, Russland verfolge das Ziel, den Einfluss der Vereinigten Staaten von Amerika und der westlichen Alliierten an der Südflanke der NATO zu verringern und die bestehende Sicherheitsordnung durch eine für autoritäre Regime günstigere zu ersetzen. Russland habe aus diesem Grund Beziehungen zu Akteuren in der gesamten Region aufgebaut, darunter zu Vertretern in Libyen, zum syrischen Regime und zu Regierungen in der Sahelzone sowie in Zentral- und Westafrika. Die besorgniserregendsten Partnerschaften bestünden jedoch mit dem Iran und Nordkorea, mit denen Russland sensible Raketentechnologie im Austausch unter anderen gegen Drohnen und Raketen teile. Im Gegenzug seien diese Staaten dazu bereit, hochentwickelte militärische Fähigkeiten an nichtstaatliche bewaffnete Gruppen weiterzugeben. Abschließend forderte er, sich für schärfere Sanktionen gegen russische Energieunternehmen einzusetzen, irreguläre Migration einzudämmen, den politischen und sicherheitspolitischen Dialog mit den Partnern an der Südflanke zu verbessern und durch Engagement tragfähige Alternativen zu Russland aufzuzeigen.

Aissa Naili (Algerien, regionaler Partner) forderte zur Lösung von regionalen Sicherheits herausforderungen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der NATO und Algerien. **Evangelos Apostolakis** (Griechenland) erkundigte sich nach der Stärkung der maritimen Sicherheit entlang der Südflanke und **Fernando Gutierrez** (Spanien) nach der Zusammenarbeit mit dem Sonderbeauftragten des NATO-Generalsekretärs für die südliche Nachbarschaft. **Theo Francken** antwortete, die Bündnispartner müssten die Freiheit der Schifffahrt auf hoher See schützen und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in der südlichen Nachbarschaft stärken. Auf die Frage von **Boaz Bismuth** (Israel, regionaler Partner), wie der Iran und andere feindliche Gruppen abgeschreckt werden könnten, antwortete **Theo Francken**, dass abgewartet werden müsse, wie die neue Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit diesem Problem umgehe.

4.5 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Westlicher Balkan: Neue Sicherheits herausforderungen vor der Haustür der NATO“, vorgelegt von dem Berichterstatter Lord Mark Lancaster (Vereinigtes Königreich)

Lord Mark Lancaster dankte für die Zusammenarbeit mit den Delegationen aus dem Westbalkan und erklärte, die politische Lage auf dem Westbalkan stelle sich weiterhin schwierig dar. Einige Fortschritte seien bei der euro-atlantischen Integration der Region erreicht worden, jedoch bestünden weiterhin große Herausforderungen in wichtigen Sicherheitsfragen. Er ging auf den anhaltenden Stillstand bei den Gesprächen zwischen Belgrad und Pristina ein und kritisierte die secessionistische politische Rhetorik, die die dringend benötigten Reformen in Bosnien und Herzegowina verhindere. Er erklärte, Russland und China bemühten sich, das euro-atlantische Engagement in der Region zu untergraben. Die Alliierten müssten daher mehr Aufmerksamkeit auf den Westbalkan lenken und mehr tun. Er empfahl, mehr Druck auf Belgrad und Pristina auszuüben, damit diese ihren Dialog wieder aufnehmen würden. Er forderte eine angemessene Verstärkung der NATO-Sicherheitstruppe in Kosovo (Kosovo Force, KFOR), ein neues EU-Engagement für die Erweiterung sowie Verfassungsreformen in Bosnien-Herzegowina.

Evangelos Apostolakis (Griechenland) wies auf die Unterstützung Griechenlands für die euro-atlantische Integration des Westbalkans hin und **Lord Mark Lancaster** würdigte dessen Rolle bei NATO-Missionen in der Region. **Spyridon Kyriakis** (Griechenland) forderte, die Alliierten sollten sich auf die Sicherheit des Seeverkehrs im östlichen Mittelmeer konzentrieren, das mit dem Westbalkan verbunden sei. **Mike Turner** (Vereinigte Staaten von Amerika) fragte, welche gemeinsamen Anstrengungen die Bündnispartner unternehmen könnten, um der Region zu dem verdienten Fortschritt und Wohlstand zu verhelfen. **Lord Lancaster** erklärte, die EU könne mit verschiedenen Maßnahmen Anreize setzen.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

4.6 Beratung des Entschließungsentwurfs „Stärkung der integrierten Luft- und Raketenabwehr der NATO“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Utku Cakirozer (Türkei)

Utku Cakirozer legte dar, dass die Bündnispartner mit einem zunehmend gefährlicherem Sicherheitsumfeld konfrontiert seien. Russland verfüge über ein erweitertes und modernisiertes Raketenarsenal und feuere große und tödliche Raketensalven auf die ukrainischen Streitkräfte sowie auf Städte und lebenswichtige Energieinfrastrukturen ab. Bei diesen komplexen Luftangriffen kämen iranische Drohnen, nordkoreanische ballistische Raketen und Artillerie sowie chinesische Technologie zum Einsatz. Er zeichnete ein bedrohliches Lagebild und beschrieb, dass der Iran seine Bereitschaft zu großangelegten Raketenangriffen auf Israel unter Beweis gestellt habe, Nordkorea baue seine militärische Zusammenarbeit mit Russland weiter aus und verursache Spannungen im indopazifischen Raum und in Europa. Zudem verfüge China über hochentwickelte neue Luft- und Raketenfähigkeiten. Die Selbstverteidigung der Ukraine mache die Bedeutung der Integrierten Luft- und Raketenabwehr (Integrated Air and Missile Defence, IAMD) als Kernaufgabe der Allianz bei der Abschreckung und Verteidigung deutlich. Beim letzten NATO-Gipfeltreffen hätten die Verbündeten einige Schritte hin zu einer besseren integrierten Luft- und Raketenabwehr unternommen, in dem Entschließungsentwurf würden sie jedoch dazu aufgefordert, mehr in die Modernisierung der Luftverteidigung zu investieren, so dass sie den NATO-Standard erreichen könnten. Die Architektur der integrierten Luft- und Raketenabwehr müsse den unterschiedlichen strategischen Bedrohungen angepasst werden. Die Zusammenarbeit und die Kapazitäten der Verteidigungsindustrie müssten ausgebaut und Lehren aus der Selbstverteidigung der Ukraine gezogen werden.

Von den achtzehn Änderungsanträgen wurden vierzehn angenommen, zwei zurückgezogen und zwei abgelehnt. Der Entschließungsentwurf wurde in der geänderten Fassung angenommen.

5 Ausschuss für Demokratie und Sicherheit

Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit tagte am Samstag, 23. November 2024, und am Sonntag, 24. November 2024, unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Javier Maroto (Spanien). Schwerpunkte der Beratungen waren die Stärkung der Widerstandsfähigkeit, der Schutz des kulturellen Erbes in Konflikten, die Auswirkungen der Wasserunsicherheit auf die Sicherheit der Verbündeten sowie die Bekämpfung von sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten.

5.1 Vortrag von Harjit S. Sajjan, Minister für Notfallvorsorge zur „Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Verbündeten: Kanadas Ansatz zur Notfallvorsorge in einer Ära sich wandelnder Bedrohungen“

Minister Harjit S. Sajjan legte dar, angesichts der vielen schweren Naturkatastrophen verfüge Kanada nicht über ausreichende Kapazitäten in den bestehenden Notfallsystemen. Er betonte, ein umfassendes Konzept für den Aufbau von Katastrophenresilienz auf der Grundlage einer wirksamen Regierungsführung und gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen sei notwendig. Er rief dazu auf, die nationale und kollektive Verantwortung für Klimakatastrophen, deren Bewältigung und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit wahrzunehmen. Kanada setze sich für die Stärkung der Resilienz innerhalb der NATO ein. Er gab einen Überblick über die nationale Anpassungsstrategie für das Jahr 2024 und wies auf neue Technologien hin, die Kanada bei Naturkatastrophen einsetze, sowie auf die Bemühungen, die Zusammenarbeit mit Partnern im Bereich des Katastrophenmanagements zu verbessern. Auf Nachfragen erklärte Harjit S. Sajjan, dass ein übermäßiger Einsatz des Militärs bei Klimakatastrophen die Bereitschaft für Konflikte mit hoher Intensität beeinträchtigen könne. Er hob die Rolle der Nichtregierungsorganisationen hervor und erklärte, deren Fachwissen müsse zentralisiert werden. Auch seien die Vorteile der Künstlichen Intelligenz für die Notfallvorsorge anzuerkennen, er warnte jedoch vor deren möglicher Nutzung durch böswillige Akteure. Zusammen mit den europäischen Partnern bemühe man sich, eine kollektive Widerstandsfähigkeit gegen Wasserunsicherheit zu entwickeln. Um Migration zu verhindern seien klimasensible Entwicklungsprogramme wichtig. Auch sollten Überlegungen zum Klimaschutz bei Maßnahmen zur Konfliktprävention einbezogen werden.

5.2 Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Geschichte und Identität unter Beschuss: Schutz des kulturellen Erbes in Konflikten“, vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Julie Dzerowicz (Kanada)

Julie Dzerowicz erläutert die Bedeutung des kulturellen Erbes für den Zusammenhalt und das Überleben einer Gemeinschaft und verurteilte die gezielte Zerstörung des kulturellen Erbes durch bewaffnete Gruppen in Konflikten. Sie legte die verheerenden Folgen für die betroffenen Bevölkerungsgruppen und die globale Sicherheit dar

und verurteilte die bewusste, groß angelegte Vernichtung der ukrainischen Kultur durch Russland. Sie forderte die NATO und die Bündnispartner auf, entschlossen zu handeln, um das kulturelle Erbe in Konfliktgebieten in der Nachbarschaft des Bündnisses und darüber hinaus zu schützen. Die Aneignung, Manipulation und Zerstörung des kulturellen Erbes untergrabe nicht nur die Sicherheit, sondern führe zur Eskalation von Konflikten und behindere die Erholung danach. Sie forderte die NATO auf, weiter an dem Schutz von Kulturgütern zu arbeiten, und appellierte, die Kapazitäten der Streitkräfte in diesem Bereich zu stärken, die Einhaltung internationaler Normen zum Schutz des kulturellen Erbes zu fördern und die Rechenschaftspflicht für Verbrechen im Zusammenhang mit dem kulturellen Erbe zu verfolgen

Der Sonderberichtentwurf wurde angenommen.

5.3 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Widerstandsfähigkeit und zivile Sicherheit“ zum Thema „Das Blatt wenden: Die Auswirkungen der Wasserunsicherheit auf die Sicherheit der Verbündeten angehen“, vorgelegt von der Berichterstatterin Merle Spellerberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Vertretung für die Berichterstatterin warnte **Javier Maroto** (Spanien) vor der rasch eskalierenden globalen Wasserkrise und deren Auswirkungen auf den internationalen Frieden und die Sicherheit. Die Wasserunsicherheit in vielen Regionen sei destabilisierend und verschärfe inner- und zwischenstaatliche Spannungen. Böswillige bewaffnete Akteure setzten Wasser zunehmend zu taktischen und strategischen Zwecken als Waffe ein. Die Häufigkeit und Schwere der wasserbedingten Naturkatastrophen nähmen zu, was die nationale und kollektive Widerstandsfähigkeit bedrohe und gleichzeitig Schwachstellen aufzeige, die von geopolitischen Gegnern ausgenutzt werden könnten. Darüber hinaus könne die unsichere Wasserversorgung die Fähigkeit der alliierten Streitkräfte untergraben. Er forderte die NATO und die Bündnispartner auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Widerstandsfähigkeit gegen unsichere Wasserversorgung innerhalb und außerhalb des Bündnisgebiets zu stärken. Er erklärte, die zivile Bereitschaft müsse gestärkt, die militärischen Anpassungsbemühungen beschleunigt und die strategischen und operativen Instrumente erweitert werden.

Der überarbeitete Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

5.4 Podiumsdiskussion zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und Beratung des Generalberichtsentwurfs „die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt in Konflikten“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Julie Dzerowicz (Kanada)

Julie Dzerowicz berichtete, es sei sehr beunruhigend zu sehen, dass weltweit die sexualisierte Gewalt in Konflikten ansteige. Sie erläuterte, die sexualisierte Gewalt in Konflikten untergrabe nicht nur die menschliche Sicherheit, sondern halte auch den Kreislauf der Instabilität aufrecht. Sie warnte vor dem zunehmenden Einsatz von sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe durch bewaffnete Akteure, um strategische oder operative Ziele zu erreichen. In der Ukraine hätten die russischen Streitkräfte systematisch und in großem Umfang sexualisierte Gewalt angewendet, um den Widerstand des ukrainischen Volkes zu brechen. Sie wies auf das Leid der Opfer und Überlebenden hin. Die NATO und die Bündnispartner sollten zur Einhaltung des Völkerrechts beitragen, Präventionsbemühungen in die Militärdoktrin und -praxis der Alliierten einbeziehen, die Straffreiheit für die Täter beenden und eine umfassendere Gleichstellung der Geschlechter fördern.

Der überarbeitete Generalberichtsentwurf wurde angenommen.

5.5 Vortrag von Jacqueline O'Neill, Botschafterin für Frauen, Frieden und Sicherheit (Kanada)

Jacqueline O'Neill erläuterte die Gründe für die Verabschiedung der Resolution 1325 der Vereinten Nationen mit der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Sie hob hervor, wie die Vielfalt und Integration von Frauen zu besseren Ergebnissen bei Friedensabkommen beitragen. Es sei wichtig, geschlechtsspezifische Überlegungen als eine strategische Fähigkeit zu behandeln, die der NATO helfen könne, ihre Kernaufgaben zu erfüllen. Eine stärkere Einbeziehung von Frauen könne die Abschreckung und die Verteidigung stärken sowie die Krisenprävention und -bewältigung durch ein besseres Situationsbewusstsein und wirksamere Maßnahmen fördern. Sie appellierte, zur Umsetzung der Agenda beizutragen, indem die Mitglieder ihre Regierungen auffordern sollten, den nationalen Parlamenten über die Umsetzung der Agenda zu berichten.

Auf die Frage zu den Möglichkeiten, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, betonte Jacqueline O'Neill, die Befehlshalterin müsse berücksichtigt und die Fähigkeiten der nationalen Gerichte verbessert werden. **Julie Dzerowitz** (Kanada) forderte eine verbesserte Aufklärung über das Kriegsrecht bei der Ausbildung von Streitkräften. **Jacqueline O'Neill** sprach sich dafür aus, mehr Mittel für staatliche Institutionen und für von Frauen geführte Organisationen der Zivilgesellschaft bereitzustellen. Zudem müsse die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ besser in die militärischen Lehrpläne integriert werden. Auf die Frage der Unterstützung von Opfern und Überlebenden gab sie einen Überblick über die kanadischen Bemühungen in diesem Bereich und lobte lokal geführte und kulturell sensible Ansätze.

5.6 Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Das Schweigen brechen und für Würde kämpfen: Bekämpfung von sexualisierter Gewalt in Konflikten“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Julie Dzerowitz (Kanada)

Patricia Lattanzio (Kanada) stellte stellvertretend den Entschließungsentwurf vor und erläuterte dessen wichtigste Empfehlungen. Die NATO und die Bündnispartner würden aufgefordert, die Strategien zur Beendigung konfliktbedingter sexualisierter Gewalt zu stärken und vollständig umzusetzen. Die Verbündeten sollten dafür sorgen, dass ihre Streitkräfte angemessen ausgebildet und ausgerüstet seien, um Zivilpersonen vor sexueller Gewalt zu schützen. Von den fünfzehn Änderungsanträge wurden vierzehn angenommen. Der Entschließungsentwurf wurde in geänderter Fassung angenommen.

5.7 Wahl der Amtsträgerinnen und Amtsträger

Javier Maroto (Spanien) wurde zum Vorsitzenden, Brett Guthrie (Vereinigten Staaten von Amerika), Süreyya Önes Derici (Türkei) und Karl van Louwe (Belgien) zu stellvertretenden Vorsitzenden, Dimitrios Kairidis (Griechenland) zum Hauptberichterstatter und Merle Spellerberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Sonderberichterstatterin gewählt.

6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 23. November 2024, unter dem Vorsitz von Faik Oztrak (Türkei). Schwerpunkte der Beratungen waren die Indo-Pazifik-Strategie Kanadas, der Zustand der russischen Kriegswirtschaft, Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und die Förderung des technologischen Fortschritts in der Allianz.

6.1 Vortrag von Dr. Jeremy Paltiel, leitender Wissenschaftler am Institute for Peace & Diplomacy, zum Thema „Kanadas Indo-Pazifik-Strategie: die Sicherheits- und Wirtschaftsaspekte“

Jeremy Paltiel stellte die kanadische Indo-Pazifik-Strategie vor und führte aus, schon immer habe Kanada Interessen in der Region verfolgt. Mit der neuen Strategie intensiviere Kanada jedoch sein Engagement in der Region, was unter anderem wegen der Sorge über die Ambitionen und dem wachsenden Einfluss von China in der Region zurückzuführen sei. Die Strategie basiere auf zwei Annahmen: zum einen auf der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung des indopazifischen Raums und zum zweiten auf Chinas zunehmend störenden globalen Ambitionen. Zu den wichtigsten Prioritäten Kanadas gehörten die Bekämpfung der illegalen Fischerei, die Entwicklung und Sicherung maritimer Technologien sowie die Unterstützung der regionalen Sicherheit durch Missionen im Nordpazifik. Kanada engagiere sich in dem Verbund Südostasiatischer Nationen (*Association of Southeast Asian Nations, ASEAN*) und in der sogenannten „umfassenden und fortschrittlichen Vereinbarung über die Transpazifische Partnerschaft“, deren Vorsitz Kanada derzeit innehatte. Kanadas Ambitionen gingen weit über die Bekämpfung des als schädlich erachteten chinesischen Einflusses hinaus, und setze sich für die Aufrechterhaltung von Rechtsstaatlichkeit und internationalen Normen ein. Um die Sicherheitslage im Südchinesischen Meer zu verbessern, bemühe sich Kanada um eine verbesserte Interoperabilität mit den japanischen Streitkräften und um eine Beteiligung an der zweiten Säule des trilateralen Militärbündnisses zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika (*Australia, United Kingdom, United States, AUKUS*). Kanada plane, Partnerschaften mit Südkorea bei der U-Boot-Beschaffung zu schließen und engere Beziehungen zu den Philippinen sowie Australien aufzubauen. Lange Zeit habe Kanadas Vision vom indopazifischen Raum sich nur auf die Förderung der Zusammenarbeit konzentriert und dabei regionale Sicherheitsbedrohungen nicht vollständig be-

rücksichtigt. Chinas Aufstieg und seine aggressivere Haltung hätten die Widersprüche offengelegt und die geopolitische Haltung Kanadas verändert. Beispielsweise verstärkte Kanada jetzt seine Präsenz in der Arktis, zum Teil auch aufgrund der wachsenden Ambitionen Chinas, seine Präsenz in dieser kritischen Region zu erhöhen.

Cristian Bordei (Rumänien) fragte, ob die Länder des indopazifischen Raums bilaterale Vereinbarungen anstelle einer stärkeren NATO-Präsenz vorzögen. **Jeremy Paltiel** bestätigte, dass ein größeres NATO-Engagement in der Region die regionalen Spannungen verschärfen könne. Auf die Frage von **Tamas Harangozo** (Ungarn) zu einem möglichen Rückgang des westlichen Einflusses, bemerkte **Jeremy Paltiel**, China sei zwar der wichtigste Handelspartner für viele Länder in der Region, die westlichen Länder spielten jedoch eine bedeutende Rolle bei der Förderung der regionalen Stabilität. **Faik Oztrak** (Türkei) erkundigte sich nach den politischen Auswirkungen einer Trump-Regierung im indopazifischen Raum. **Jeremy Paltiel** hob die Bedeutung der Handelsbeziehungen und das Interesse Kanadas an einer Beteiligung an dem Militärbündnis *AUKUS* hervor. Auf die Frage von **Julian Leeser** (Australien, parlamentarischer Beobachter) zu den Beziehungen zwischen Kanada und Indien, antwortete **Jeremy Paltiel**, dass sich diese im Laufe der Zeit verbessern könnten, Indien aber wahrscheinlich weiterhin eine Absicherungsstrategie verfolgen werde, die seine Zusammenarbeit mit dem Westen einschränke.

6.2 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ zum Thema „Die russische Kriegswirtschaft: eine Bestandsaufnahme“, vorgelegt von dem Berichterstatter Tamas Harangozo (Ungarn)

Tamas Harangozo beleuchtete verschiedene Facetten der komplexen wirtschaftlichen Lage in Russland. Mehr als zwei Jahre nach Kriegsbeginn habe sich die russische Wirtschaft besser entwickelt als nach dem Ausbruch des Krieges im Februar 2022 erwartet worden sei. Die Wirtschaft bewiese zudem eine gewisse Widerstandsfähigkeit gegenüber den westlichen Sanktionen, sei jedoch weiterhin strukturell anfällig. Das Inlandswachstum hänge stark vom Export von Gas, Öl, Mineralien und Getreide ab, was Russland anfällig für Schwankungen der weltweiten Energie- und Rohstoffpreise mache. Der Krieg habe die Wirtschaftsstruktur verändert und neue Akteure für die Kriegsproduktion geschaffen, die wiederum an der Fortsetzung des Krieges interessiert seien. Die westlichen Sanktionen hätten Russland dazu gezwungen, seine Handelsbeziehungen mit Ländern wie China, Nordkorea, Iran, Indien und Venezuela zu verstärken. Die Alliierten und deren Partner müssten die Sanktionen verschärfen und die diplomatischen Bemühungen intensivieren, um Länder, die weiterhin mit Russland Handel trieben, davon abzuhalten.

Auf die Frage von **Ainars Latkovskis** (Lettland) nach Zahlen der russischen Zentralbank, antwortete **Tamas Harangozo**, dass sie im Vergleich zu anderen Institutionen eine zuverlässigere Quelle für die Wirtschaftsdaten sei. Von **Victor Ruiz** (Spanien) nach der Umgehung von Sanktionen befragt, betonte er die Notwendigkeit, die bestehenden Sanktionen zu verschärfen und Sekundärsanktionen einzuführen. **Andrew Cardozo** (Kanada) erkundigte sich nach der Nachhaltigkeit der Kriegswirtschaft, worauf **Tamas Harangozo** erwiderte, dass sich Russland jahrelang darauf vorbereitet habe, eine Wirtschaft aufzubauen, die den Sanktionen standhalten könne. **Carmelo Abela** (Malta, assoziierter Partner) fragte nach der Wirksamkeit von Sanktionen. **Tamas Harangozo** betonte, man müsse sich Szenarien vorstellen, in denen keine Sanktionen verhängt worden seien. Auf die Frage von **Cristian Bordei** (Rumänien) nach der Rolle Chinas bei der Unterstützung der russischen Wirtschaft, bezeichnete **Tamas Harangozo** dessen Vorgehen als opportunistisch. **Lord Fox** (Vereinigtes Königreich) äußerte sich zu der Möglichkeit, kreativere Sanktionen einzuführen, woraufhin der Berichterstatter betonte, neue Sanktionen zum jetzigen Zeitpunkt seien schwer umzusetzen. Auf die Frage von **Paolo Marcheschi** (Italien) nach der Durchsetzung von Sanktionen antwortete er, dass jetzt vor allem die Strafverfolgung derjenigen, die Sanktionen umgingen, notwendig sei.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

6.3 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Aufbau einer wertebasierten transatlantischen wirtschaftlichen und strategischen Partnerschaft mit dem indopazifischen Raum“, vorgelegt von dem Berichterstatter Neal Patrick Dunn (Vereinigte Staaten von Amerika)

Neal Patrick Dunn legte dar, die NATO bleibe ein regional ausgerichtetes Bündnis, jedoch würden die Beziehungen zwischen Europa und dem indopazifischen Raum enger, und damit auch die Frage nach der Sicherheit, immer dringender. Chinas wachsende Durchsetzungsfähigkeit im indopazifischen Raum in Verbindung mit seiner offenen Unterstützung für Russland bei dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine, stelle eine direkte Bedrohung für die euro-atlantische Sicherheit dar. China beobachte den Krieg in der Ukraine sehr genau und ziehe daraus

wichtige Lehren, die sein Vorgehen gegenüber Taiwan beeinflussen könnten. Der Berichterstatter hob die Beiträge der regionalen NATO-Partner zur Unterstützung der Ukraine hervor, darunter militärische und humanitäre Hilfe sowie die Durchsetzung strenger Sanktionen gegen Russland. Er forderte die Bündnispartner nachdrücklich dazu auf, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Partnern im indopazifischen Raum zu vertiefen. Die Stärkung der demokratischen Regierungsführung in der Region sei von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der von Russland und China ausgehenden Herausforderungen.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

6.4 Beratung des Generalberichtsentwurfes „Kritische Technologien mit doppeltem Verwendungszweck: kommerzielle, regulatorische, gesellschaftliche und nationale Sicherheit betreffende Herausforderungen“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Harriett Baldwin (Vereinigtes Königreich)

Für die abwesende Berichterstatterin stellte **Faik Oztrak** (Türkei) den Generalberichtsentwurf vor und betonte die bedeutende Auswirkung von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck sowohl auf den kommerziellen als auch auf den militärischen Sektor. Staaten, die in der Lage seien, diese Technologien effektiv in ihre Verteidigungssysteme zu integrieren, erlangten zukünftig neben der Überlegenheit auf dem Schlachtfeld auch erhebliche wirtschaftliche Vorteile. China habe sich zu einem globalen Drehkreuz für technologische Innovation entwickelt und fordere die fortschrittlichsten westlichen Nationen heraus. Peking habe zudem Russland mit einer Reihe von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck beliefert. Autoritäre Regime, wie beispielsweise der Iran und Nordkorea bauten zunehmend fortschrittliche Technologien in ihr militärisches und sicherheitspolitisches System ein. Er rief die Alliierten dazu auf, der Aufrechterhaltung des technologischen Vorsprungs Priorität einzuräumen, um im strategischen Wettbewerb mit autoritären Staaten erfolgreich zu sein.

Auf die Frage von **Bart Kroon** (Niederlande) nach den Herausforderungen, betonte **Faik Oztrak**, eine innovative und ehrgeizige öffentliche Politik sei erforderlich, um die technologische Entwicklung voranzutreiben.

Der Generalberichtsentwurf wurde mit zwei Enthaltungen angenommen.

6.5 Beratung des Entschließungsentwurfes „Die Mobilisierung des technologischen Fortschritts zur Förderung des Wohlstands und der Sicherheit der Verbündeten“, vorgelegt von der Berichterstatterin Harriett Baldwin (Vereinigtes Königreich)

Faik Oztrak (Türkei) stellte den Entschließungsentwurf vor. Der Ausschuss beriet und stimmte über 15 eingereichte Änderungsanträge ab. Der Entschließungsentwurf wurde in der geänderten Fassung einstimmig angenommen.

7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Sonntag, 24. November 2024, unter Vorsitz von **Agnes Vadai** (Ungarn). Schwerpunkte der Beratungen waren die Herausforderungen durch Chinas Halbleiterwirtschaft für die NATO, Chancen und Risiken im Zusammenhang mit synthetischer Biologie, der Themenkomplex Künstliche Intelligenz und die Frage nach einer möglichen Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technik und globale Sicherheit.

7.1 Vortrag von François-Philippe Champagne, kanadischer Minister für Innovation, Wissenschaft und Industrie, zum Thema „Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und globale Sicherheit“

François-Philippe Champagne betonte die enge Verbindung zwischen nationaler und wirtschaftlicher Sicherheit sowie die Bedeutung von Wettbewerb in den Bereichen Innovation und Technologie. Im Interesse einer verstärkten Zusammenarbeit müsse ein Fundament mit klaren Verfahren, erforderlichen Infrastrukturen und gegenseitigem Vertrauen bestehen. Exemplarisch verwies er auf das kanadische Sicherheits-Institut für Künstliche Intelligenz, das im Bereich Quantencomputer eng mit den Alliierten zusammenarbeite.

In der Aussprache unterstrich François-Philippe Champagne auf die Frage von **Sven Clement** (Luxemburg) und **Gordon McKee** (Vereinigtes Königreich), Kanada habe Vorkehrungen dafür getroffen, dass die Ergebnisse öffentlich geförderter Forschungsarbeit nicht in die Hände unliebsamer Dritter fielen. Hier müsse die internationale Zusammenarbeit weiter gestärkt und, gerade hinsichtlich von Dual-Use-Gütern, eine gemeinsame Strategie zum Umgang mit Exporten entwickelt werden. **Peter Skaarup** (Dänemark) fragte nach einem im Juli 2024 zwischen

Kanada, den Vereinigten Staaten und Finnland beschlossenen Vorhaben, gemeinsam Eisbrecher zu entwickeln. **François-Philippe Champagne** unterstrich das Potenzial der Zusammenarbeit von Rüstungs- und privaten Wirtschaftsunternehmen, um Effizienz, Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Wirtschaftszweige der Partnerstaaten zu stärken. Für den Bereich des Schiffbaus sei dieser Pakt vorbildlich und beispielhaft. Abschließend betonte er auf Nachfrage von **Rich McCormick** (Vereinigte Staaten von Amerika) die Rolle, die modulare Mikro-Reaktoren für die dezentrale Energiegewinnung im Kontext von KI-Datenzentren potenziell spielen könnten.

7.2 Beratung des Generalberichtsentwurfes „Chinas Herausforderung für den technologischen Vorsprung der NATO: Die Bedeutung von Halbleitern“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Njall Trausti Fridbertsson (Island)

Agnes Vadai informierte in Vertretung des abwesenden Generalberichterstatters, der Berichtsentwurf illustrierte anschaulich die Fortschritte, die China im Bereich der Halbleiterentwicklung und -produktion gemacht habe. Nachdem sie die Funktionsweise von Halbleitern und ihre grundsätzliche Bedeutung dargelegt hatte, stellte Agnes Vadai die Schlussfolgerungen vor. Ziel müsse es sein, die Abhängigkeiten gegenüber China weiter zu reduzieren, die von der NATO entwickelte Roadmap zur Sicherung von militärisch relevanten Versorgungsketten zu forcieren sowie die EU-NATO-Zusammenarbeit zu stärken.

Der Generalberichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

7.3 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ zum Thema „Ein zweischneidiges Schwert: Warum die NATO das Potenzial der synthetischen Biologie nutzen und deren Gefahren bannen muss“, vorgelegt von dem Berichterstatter Dr. Joe Weingarten (Deutschland)

Agnes Vadai unterrichtete in Vertretung für den Berichterstatter über die Änderungen im Berichtsentwurf, der nun eine deutlich detailliertere Definition des Begriffs „synthetische Biologie“ enthielt und Beispiele vorstellte, welche Schwierigkeiten die Vermarktung vielversprechender Erfindungen begegneten. Agnes Vadai betonte die Bedeutung der im Februar 2024 beschlossenen NATO-Strategie für Biotechnologie und stellte die von China und Russland erzielten Fortschritte in diesem Bereich vor.

Sie erläuterte, dass an einem gemeinsamen Ansatz im Bereich der synthetischen Biologie gearbeitet, Sensibilisierungsmaßnahmen gestärkt und zukunftsorientiert ausgerichtet sowie Entwicklungen in diesem Bereich beobachtet und mit externen Akteuren erörtert werden müssten.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

7.4 Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Die NATO und Künstliche Intelligenz: Herausforderungen und Chancen“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Sven Clement (Luxemburg)

Sven Clement stellte unterschiedliche Anwendungsfälle, in dem die Künstliche Intelligenz (KI) im Bereich der Streitkräfte zum Einsatz komme dar und betonte die Herausforderung in den Bereichen Beschaffung, Technologie, Interoperabilität sowie für die rechtlichen und ethischen Rahmenbedingungen. Die NATO, die Alliierten und externe Akteure hätten in der jüngeren Vergangenheit konkrete Schritte formuliert und nötige Diskussionen forciert. Ziel sei es, einen universellen Standard für den KI-Einsatz im militärischen Bereich zu erreichen.

Stuart Anderson (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, wie sicherzustellen sei, dass die Gesetzgebung und Regierungen am Puls der Zeit blieben. **Clement** unterstrich, es sei wichtig, dass die zuständigen Stellen kontinuierlich die Arbeiten in diesem Bereich begleiteten. Auf Nachfrage von **Ales Rezar** (Slowenien) betonte **Sven Clement**, dass im Kampf gegen KI-gestützte Desinformationskampagnen es wichtig sei, die Institutionen und individuelle Medienkompetenz zu stärken und sie resilienter zu machen.

Der Sonderberichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

7.5 Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Die Chancen eines verantwortungsvollen Einsatzes von KI im militärischen Bereich nutzen“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Sven Clement (Luxemburg)

Sven Clement stellte den Entschließungsentwurf vor. Die drei eingebrachten Änderungsanträge wurden im Ausschuss diskutiert und mit sprachlichen Anpassungen angenommen.

Der Entschließungsentwurf wurde im Rahmen der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

7.6 Wahl der Amtsträgerinnen und Amtsträger

Vincent Blondel (Belgien) wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses; zu Stellvertretern wurden Fabien Lainé (Frankreich), Fausto Orsomaso (Italien) und Stuart Anderson (Vereinigtes Königreich) gewählt. Zum Generalberichterstatter wurde Njall Trausti Fridbertsson (Island) wiedergewählt; zum Sonderberichterstatter Zan Mahnic (Slowakei).

Den Vorsitz im Unterausschuss „Technologietrends und Sicherheit“ übernahm Jarno Linnell (Finnland); zu Stellvertretern wurden Robert Kralicek (Tschechien), Mustafa Kaya (Türkei) und Bardhyl Kollçaku (Albanien) gewählt. Dr. Joe Weingarten (SPD) wurde erneut zum Berichterstatter gewählt.

Zu ordentlichen Mitgliedern des Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rates wurden Dr. Joe Weingarten (SPD) und Agnes Vadai (Ungarn) gewählt; zu stellvertretenden Mitgliedern Marcin Bosacki (Polen) und Sven Clement (Luxemburg).

8 Plenarsitzung

8.1 Eröffnung

Vizepräsident **Nicu Falcoi** (Rumänien) eröffnete die 70. Jahrestagung der NATO PV. Dem krankheitsbedingt abwesenden Präsidenten der Versammlung, Gerry Connolly, wünschte er schnelle und vollständige Genesung. Nach einer Gedenkzeremonie von Vertretern der indigenen Bevölkerung begrüßte **Raymonde Gagné**, Präsidentin des kanadischen Senats, die Teilnehmenden. In ihrer Ansprache betonte sie die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für alle Partner und erinnerte an das Engagement Kanadas in der Versammlung. Sie dankte der Leiterin der kanadischen Delegation, Julie Dzerowicz, für ihren Einsatz, die Jahrestagung in Montréal auszurichten.

8.2 Ansprache des kanadischen Premierministers Justin Trudeau

In seiner Ansprache unterstrich der kanadische Premierminister **Justin Trudeau** die Bedeutung von Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in einer liberalen Welt, in der kein Platz für Hass und Antisemitismus sei. Die Delegierten repräsentierten mehr als eine Milliarde Menschen beiderseits des Atlantiks. Er forderte, je größer die Herausforderungen für den Frieden, die gemeinsamen Werte und Freiheit seien, umso größer müsse auch der Einsatz für sie in einem Bündnis wie der NATO sein. Er sei stolz darauf, dass Kanada sich seit 75 Jahren in der NATO engagiere. Er betonte, Kanada sei das lebende Gegenbeispiel zur weitverbreiteten These, nur rechts-konservative Parteien würden mehr Geld in das Verteidigungsbudget investieren – seine Regierung habe in den zurückliegenden zehn Jahren kontinuierlich die Mittel für Verteidigung erhöht, damit Kanada sich an die Gegebenheiten einer sich ändernden Welt anpassen könne. Die kanadische Sicherheitspolitik konzentriere sich auf die Arktis und Unterstützung der Ukraine. Er sei überzeugt, dass das Wertefundament der regelbasierten Weltordnung im Wettstreit mit dem Recht des Stärkeren obsiegen werde. Justin Trudeau erinnerte daran, dass selbst während des Kalten Krieges diesem globalen Ordnungsprinzip mehr Bedeutung zugemessen worden sei als aktuell. Abschließend rief er dazu auf, sich gemeinsam den geopolitischen Herausforderungen zu stellen.

8.3 Videoansprache des NATO-Generalsekretärs Mark Rutte

NATO-Generalsekretär **Mark Rutte** betonte in seiner Grußbotschaft die Bedeutung der Arbeit der Versammlung. Die Mitglieder brächten die starke Stimme der Demokratie in die NATO ein und würden als Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten, den Parlamenten und der Allianz als Ganzes fungieren. In den vergangenen 70 Jahren hätte die Versammlung sich zu einem unerlässlichen Forum für den Austausch nationaler Ansichten im NATO-Kontext entwickelt und trage damit und durch die Rückkopplung in die nationalen Parlamente dazu bei, das Verständnis für die NATO zu stärken. Damit würden sie den Geist der transatlantischen Zusammenarbeit verkörpern.

Angesichts der wachsenden Herausforderungen sei es wichtig, die NATO zu stärken und flexibler zu machen. Er arbeite an diesem Ziel und habe sich drei Prioritäten gesetzt: erstens die Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft des Bündnisses stärken und durch Abschreckung Gewaltanwendung vermeiden; zweitens die Ukraine im Kampf gegen Russland unterstützen; drittens die globalen Herausforderungen für die transatlantische Sicherheit klar benennen und sich ihnen stellen. Für all diese Aufgaben müssten die Verbündeten mehr in die Fähigkeiten der Allianz investieren. Sicherheit sei nicht zum Nulltarif zu haben. Abschließend versprach er, die Sitzung der Versammlung im kommenden Jahr persönlich zu besuchen.

8.4 Ansprache des amtierenden Stellvertretenden NATO-Generalsekretärs, Botschafter Boris Ruge, mit anschließender Fragerunde

Der stellvertretende NATO-Generalsekretär, Botschafter **Boris Ruge**, unterstrich die Bedeutung der Versammlung, indem sie unterschiedliche politische Strömungen und Sichtweisen zusammenbringe und im Wege des Dialogs zu einer gemeinsamen Grundlage zusammenführe. Sie sei Ausdruck gelebter Demokratie. Im Rückblick auf das Jubiläumsjahr 2024 für die NATO würdigte er die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Washington und die innerhalb der Allianz erzielten Fortschritte. Hinsichtlich der Situation in der Ukraine, erklärte er, der Einsatz nordkoreanischer Truppen auf Seiten des russischen Aggressors stelle eine weitere Eskalationsstufe dar. Der im Gegenzug von Russland an Nordkorea gewährte Wissenstransfer im Bereich von Trägerraketen sei eine ernsthafte Bedrohung für die globale Sicherheit. Die Alliierten müssten angesichts der verfestigten Zusammenarbeit Russlands mit Iran und China enger zusammenhalten, ihr Engagement für die Ukraine ausweiten und für die regelbasierte Weltordnung konsequent eintreten. Die Verbündeten müssten ihre finanzielle und militärische Hilfe für die Ukraine ausweiten, um deren Verhandlungsposition zu stärken und somit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Friedenslösung am Verhandlungstisch zu schaffen. Dies liege auch im strategischen Interesse der NATO-Staaten, denn wenn langfristig Sicherheit in der Ukraine erreicht werde, dann garantiere dies auch die Sicherheit im euro-atlantischen Raum. Boris Ruge appellierte, sich dafür einzusetzen, durch gesteigerte Ausgaben im Verteidigungsbereich die NATO weiterhin militärisch handlungsfähig zu machen und das erforderliche Abschreckungspotential aufrechtzuerhalten.

Michael Turner (Vereinigte Staaten von Amerika) fragte nach der Haltung des Generalsekretärs hinsichtlich einer Erlaubnis für die Ukraine, westliche Waffen auf russischem Territorium einzusetzen. **Natalia Pouzyreff** (Frankreich) erkundigte sich, wie der europäische Pfeiler der transatlantischen Sicherheit aussehen solle. **Boris Ruge** betonte, die Haltung des Generalsekretärs stehe in der Kontinuität seines Vorgängers Stoltenberg, was das Recht der Ukraine angehe, sich selbst auch gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet zu verteidigen. Solche Aktionen stünden im Einklang mit Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen. Mit Blick auf die europäische Säule führte er aus, die europäischen Partner müssten mehr für die eigenen Verteidigungsmöglichkeiten sowie die Unterstützung der Ukraine tun. Er betonte zugleich, dass „europäische Säule“ nicht gleichzusetzen sei mit Staaten innerhalb der Europäischen Union. **Dr. Johann Wadephul** (CDU/CSU) unterstrich die Bedeutung des direkten Austausches in der Versammlung und brachte sein Bedauern über die Abwesenheit von Generalsekretär Rutte zum Ausdruck. Mit Blick auf die sehr unterschiedlichen militärischen Fähigkeiten der Bündnispartner fragte er nach der Notwendigkeit, die Verteidigungspläne der NATO anzupassen. **Jesse Klaver** (Niederlande) erkundigte sich, wie eine effektive Luftabwehr für den europäischen NATO-Raum auch ohne US-Beteiligung sichergestellt werden könne. **Boris Ruge** erwiderte, die Verteidigungspläne der NATO seien einstimmig beschlossen worden. Anstatt diese zu ändern und an mangelnde Fähigkeiten anzupassen, müssten die Mitgliedstaaten die zur Umsetzung erforderlichen Fähigkeiten entwickeln und bereitstellen. Er gebe allerdings zu, dass dafür Ausgaben in Höhe von zwei Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung wohl nicht ausreichend seien. Die integrierte Luftabwehr sei ein sehr wichtiger Bereich der Verteidigungsfähigkeit. Der Aufbau entsprechender Systeme dauere lange und sei teuer, müsse aber geleistet werden. Zu weiteren Details wollte er sich aus Gründen der Geheimhaltung nicht öffentlich äußern. Auf Nachfrage von **Dario Hrebak** (Kroatien) gab **Boris Ruge** zu, dass unter den NATO-Mitgliedstaaten kein Konsens hinsichtlich der Errichtung eines von der Versammlung geforderten Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier bestehe. Vizepräsident **Theo Franken** (Belgien) brachte die Enttäuschung der Versammlung über diese Haltung zum Ausdruck. **Boris Ruge** führte mit Blick auf die Frage von **Raimonds Bergmanis** (Lettland) aus, die Infrastruktur in den östlichen Mitgliedstaaten müsse gestärkt werden, um logistischen Herausforderungen gewachsen zu sein. Zum Ausbau derartiger ziviler und hybrider Infrastrukturprojekte sei insbesondere eine enge Kooperation zwischen der Europäischen Union und der NATO nötig. Mit Blick auf die Frage von **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (Europäisches Parlament) führte **Boris Ruge** aus, ein Verbindungsbüro der NATO im indopazifischen Raum sei derzeit nicht geplant, der Ausbau der Zusammenarbeit würde indes fortgesetzt. Auf Nachfrage von **Solomiia Bobrovska** und **Petro Poroshenko** (Ukraine, assoziierter Partner) betonte **Boris Ruge**, die NATO nähme den Beitrittswunsch der Ukraine

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

sehr ernst und bereite sehr intensiv deren Beitritt vor. Er unterstrich, dass für alle weitergehenden Maßnahmen Einstimmigkeit unter den Mitgliedern erforderlich sei und betonte zugleich, dass die Sicherheit der Ukraine die Sicherheit aller europäischer Staaten bedeute. Auf weitere Nachfrage von **Martins Stakis** (Europäisches Parlament) unterstrich **Boris Ruge**, innerhalb der NATO stünde das Erreichen des Konsenses im Mittelpunkt, weshalb er nicht einzelne Stimmen zähle.

8.5 Ansprache des Präsidenten der Werchowna Rada der Ukraine, Ruslan Stefantschuk, mit anschließender Fragerunde

Der Präsident des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada), **Ruslan Stefantschuk**, berichtete, er habe den Eindruck, die demokratische Welt stehe geschlossen an der Seite der Ukraine. Dafür sei er dankbar. Er lud den designierten Präsidenten der Versammlung nach Kiew ein. Wie alle Teile der Ukraine sei allerdings auch Kiew immer wieder das Ziel russischer Angriffe, die sich insbesondere gegen zivile Infrastruktur und Energieversorgungseinrichtungen richteten, um den Widerstandswillen der ukrainischen Bevölkerung zu brechen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer würden weltweit für Ihren Kampf nach Freiheit und Gerechtigkeit bewundert, doch die Wahrheit sei, dass sich die ukrainische Bevölkerung nichts mehr als Frieden wünsche. Durch die Unterstützung in Ausrüstung und Kriegsführung, die Russland aus Nordkorea und Iran erhalte, kämpfe die Ukraine gegen eine neue Form der „Achse des Bösen“. Ruslan Stefantschuk rief dazu auf, eine geschlossene Antwort der demokratischen Welt hierauf zu geben. An die Delegierten gewandt formulierte er die Bitte, jede und jeder einzelne von ihnen möge den ihnen zur Verfügung stehenden Einfluss nutzen, um die Entscheidungsträger und -trägerinnen in den Mitgliedsstaaten von einer noch stärkeren Unterstützung für die Ukraine zu überzeugen. Neben der dringenden Bitte, sich für eine baldige NATO-Vollmitgliedschaft der Ukraine einzusetzen, warb er um die Bereitstellung von Waffen, die Erlaubnis, diese Waffen im Kampf gegen Russland auch in Russland gegen legitime militärische Ziele einsetzen zu dürfen, sowie weitere finanzielle Unterstützung. Er unterstrich die große Bedeutung, der Ukraine zu erlauben, Waffen aus Beständen der Verbündeten gegen legitime Ziele auf russischem Territorium einzusetzen. Außerdem bat er darum, entsprechend den Beschlüssen des NATO-Gipfels in Washington der Ukraine schnellstmöglich die zugesagten Luftverteidigungssysteme zur Verfügung zu stellen. Es sei technisch möglich, dass NATO-Partner von außerhalb der Ukraine mit ihren eigenen Waffen russische Drohnen und Raketen auch im Luftraum der Ukraine abschossen. Ruslan Stefantschuk warb darum, diese Form der Unterstützung im Kreise der NATO in Betracht zu ziehen. Er erneuerte die Initiative, die parlamentarische Dimension der NATO auch in der Ukraine sichtbar zu machen und erinnerte an die Idee, eine Tagung der Versammlung in Kiew auszurichten. Im Jahr 2022 sei dies geplant gewesen und musste wegen des russischen Überfalls abgesagt werden. Er halte es für ein besonderes Zeichen der Unterstützung, die Planungen für eine solche Tagung nunmehr wiederaufzunehmen. Mit Blick auf die angestrebte Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO betonte er, eine Einladung für eine solche sei nicht gleichzusetzen mit der Aufnahme selbst. Es sei jedoch ein wichtiges Zeichen – sowohl an die ukrainische Bevölkerung als auch an Russland. Die NATO-Mitgliedschaft sei eines der zentralen Elemente des von Staatspräsident Selenskyj vorgelegten Siegesplan und der Schlüssel für die Zukunft und Sicherheit der Ukraine. Gerade mit Blick auf den eingeleiteten EU-Beitrittsprozess der Ukraine rief er dazu auf, auch den NATO-Beitrittsprozess zu beschleunigen. Er appellierte, das Sanktionsregime gegen Russland umfassend und wirksam zu gestalten und so die wirtschaftliche Lage Russlands drastisch zu limitieren. Weiter rief er dazu auf, eingefrorene russische Vermögenswerte für Reparationszahlungen und den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Gemeinsam müssten die Ukraine und ihre Partner sich der russischen Aggression entgegenstellen. Die Diktatur dürfe niemals über die Demokratie siegen.

In der Aussprache betonte Ruslan Stefantschuk auf Nachfrage von **Julie Dzerowicz** (Kanada), dass die Ukraine vor 30 Jahren das damals weltweit drittgrößte Nuklearpotential im Gegenzug gegen russische Sicherheitsgarantien abgegeben habe. Heute verletze Russland als Vertragspartei fortlaufend das Budapester Memorandum. Deshalb stehe die Ukraine Verhandlungen mit Russland skeptisch gegenüber, das jegliche Glaubwürdigkeit verloren habe. Aus diesem Grund sei die NATO-Perspektive für die Ukraine so wichtig. Auf Nachfrage von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) erläuterte **Ruslan Stefantschuk**, trotz des fast 1000 Tage dauernden Krieges sei das Parlament arbeitsfähig. Unabhängig von unterschiedlichen parteipolitischen Zugehörigkeiten stünden alle Abgeordneten zusammen, um die Ukraine auf dem Weg zum Sieg zu begleiten. Ein wesentlicher Teil der parlamentarischen Arbeit bestehe darin, die erforderlichen Reformen für den EU-Beitritt umzusetzen. Auch hieran würden alle Abgeordneten gemeinsam arbeiten. Mit Blick auf die Frage nach dem Sanktionsregime von **Dimitios Kairidis** (Griechenland) betonte **Ruslan Stefantschuk**, dass jeder Euro, der am Sanktionsregime vorbei nach Russland fließe, eine Kugel finanziere, die einen ukrainischen Soldaten töte.

8.6 „Women for Peace and Security Award 2024“ an Avril Haines

Mike Turner (Vereinigte Staaten von Amerika) begründete gegenüber der Versammlung eingehend die Nominierung von Avril Haines durch die amerikanische Delegation. **Avril Haines** bedankte sich für die Zuerkennung des Preises. Es sei eine besondere Ehre, in einer Reihe mit den vorhergehenden Preisträgerinnen zu stehen. Zugleich betonte sie, dass der Preis allen Mitarbeitenden der Geheimdienste gelte, ohne deren Arbeit und Beitrag sie als Behördenleiterin niemals die Möglichkeit gehabt hätte, den Preis zu erhalten. Ihnen allen spreche sie Dank und Anerkennung für ihre tägliche Arbeit aus. Die Versammlung Sorge dafür, dass die Arbeit von Frauen in der stark männlich dominierten Domäne der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik anerkannt und gewürdigt werde. Dies sei für viele Frauen und Männer Motivation, einen diverseren Blick auf sicherheitsrelevante Themen zu werfen. Sie appellierte, geschlechterbezogene Vorurteile zu überwinden und unvoreingenommen die Expertise aller Männer und Frauen anzunehmen und mit ihr sachlich umzugehen. Die aktive Einbindung von Frauen in Friedensprozesse führe, auch dank der Arbeit der Versammlung, zu verständlicheren Verhandlungen, nachhaltigen Vereinbarungen und effektiven humanitären Antworten in Krisensituationen. Avril Haines rief abschließend dazu auf, den Kampf gegen geschlechterbezogene Diskriminierung und sexualisierte Gewalt zu intensivieren. Die Welt werde nur dann friedlicher, sicherer und erfolgreicher sein, wenn Frauen gleichberechtigt in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens teilhaben könnten und ihre Menschenrechte geachtet würden. Hierfür müssten strukturelle und kulturelle Veränderungen auch in den Staaten stattfinden, die heute schon führend im Bereich Gleichberechtigung seien. Sie nannte die nordischen Staaten als Vorbild in diesem Bereich. Durch fortschrittliche Gesetzgebung sei es dort gelungen, dass Frauen nicht zwischen Familie und Erfolg im Beruf wählen müssten, sondern beides miteinander vereinbaren könnten. Sie hoffe, dass ihre Arbeit als erste Frau an der Spitze der amerikanischen Geheimdienste einen Beitrag dazu geleistet und die Dienste in diesem Sinne positiv verändert habe.

8.7 Wahlen

Das Plenum wählte per Akklamation Marcos Perestrello De Vasconcellos (Portugal) zum neuen Präsidenten der Versammlung. Julie Dzerowicz (Kanada), Mikko Savola (Finnland), Alec Shelbrooke (Vereinigtes Königreich), Agnes Vadai (Ungarn) und Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU) wurden per Akklamation zu Vizepräsidentinnen beziehungsweise Vizepräsidenten der Versammlung gewählt.

8.8 Entschlüsse

Die Versammlung beriet die von den Ausschüssen vorgelegten Entschlußentwürfe. Insgesamt waren fünf Entwürfe vorgelegt worden: vom Ausschuss für Demokratie und Sicherheit der Entwurf „Das Schweigen brechen und für Würde kämpfen: Bekämpfung der konfliktbezogenen sexualisierten Gewalt“; vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit der Entwurf „Die Stärkung der integrierten Flug- und Raketenabwehr der NATO“; vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit der Entwurf „Die Mobilisierung des technologischen Fortschritts zur Förderung des Wohlstandes und der Sicherheit der Verbündeten“; vom Politischen Ausschuss der Entwurf „Die NATO nach dem Gipfel von Washington: Das Bündnis für die Zukunft rüsten und die Ukraine bis zum Sieg unterstützen“; und vom Ausschuss für Technologie und Wissenschaft der Entwurf „Die Chancen eines verantwortungsvollen Einsatzes von KI im militärischen Bereich nutzen“. Nach einer Aussprache wurden alle fünf Entschlüsse angenommen.

8.9 Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2025

Vizepräsident **Nicu Falcoi** (Rumänien) stellte für den verhinderten Schatzmeister Wolfgang Helmich (SPD) den Haushaltsentwurf für 2025 vor. Die Versammlung nahm das Dokument in der vorgelegten Fassung an.

Berlin, den 18. Februar 2025

Dr. Johann David Wadephul
Leiter der Delegation

Prof. Dr. Roman Poseck
Leiter der Delegation des Bundesrates

9 Verabschiedete Erklärungen

ENTSCHLISSUNG 491¹

DAS SCHWEIGEN BRECHEN UND FÜR WÜRDE KÄMPFEN: BEKÄMPFUNG DER KONFLIKTBEOZUGENEN SEXUALISIERTEN GEWALT

Die Versammlung,

1. **unter Missbilligung der Tatsache**, dass sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten rund um die Welt nach wie vor eine weit verbreitete, systematische Praxis ist und dass die meisten Täter weiterhin straffrei ausgehen;
2. **unter entschiedener Verurteilung** des vorsätzlichen Einsatzes sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten durch manche staatlichen und nichtstaatlichen Akteure als Taktik und Kriegswaffe gegen die Zivilbevölkerung und Militärangehörige;
3. **unter Hinweis darauf**, dass Frauen und Mädchen in unverhältnismäßig hohem Maße Opfer von konfliktbezogener sexualisierter Gewalt sind, und **in Anerkennung der Tatsache**, dass auch Männer und Jungen von solcher Gewalt betroffen sind;
4. **unterstreichend**, dass sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten nach dem Völkerrecht verboten ist und dass sie unter bestimmten Voraussetzungen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein Kriegsverbrechen und eine Begehungsform des Völkermords darstellen kann, und **in der Erwägung**, dass konfliktbezogene sexualisierte Gewalt in all ihren Erscheinungsformen einen eklatanten Verstoß gegen die Grundsätze darstellt, auf die sich die Gesellschaften der NATO und der NATO-Staaten gründen;
5. **unter Betonung der Tatsache**, dass konfliktbezogene sexualisierte Gewalt tief in schädlichen Geschlechternormen und strukturellen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen verwurzelt ist, und deshalb die Notwendigkeit **hervorhebend**, auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter Fortschritte zu erzielen;
6. **unterstreichend**, wie wichtig es ist, die Bedürfnisse der Opfer und Überlebenden, die oft tiefe körperliche und seelische Verletzungen sowie gesellschaftliche Stigmatisierung und Ächtung erleiden, in den Mittelpunkt zu stellen;
7. **unter erneutem Hinweis darauf**, dass alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien alle Formen sexualisierter Gewalt beenden und verhindern und spezifische Maßnahmen zum Schutz vor solcher Gewalt ergreifen müssen;
8. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass konfliktbezogene sexualisierte Gewalt dadurch, dass sie die soziale Stabilität untergräbt, Feindseligkeiten anheizt und die Bemühungen um Wiederaufbau und Friedenskonsolidierung in der Nachkriegszeit behindert, die Sicherheit der Verbündeten und die internationale Sicherheit gefährdet;
9. **in Bekräftigung der Tatsache**, wie wichtig es ist, die Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit sowie die neun nachfolgenden Resolutionen des VN-Sicherheitsrates zu diesem Thema, insbesondere die Resolutionen 1820 und 1888, in denen jeweils die Notwendigkeit der Bekämpfung konfliktbezogener sexualisierter Gewalt festgestellt wird, vollständig umzusetzen;
10. **in der Erkenntnis**, dass die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen ein zentraler Grundsatz der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit ist und zur Verwirklichung eines beständigen Frieden und dauerhafter Sicherheit einen unverzichtbaren Beitrag leistet;
11. **mit Genugtuung darüber**, dass die NATO und die Verbündeten in den letzten Jahren Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung konfliktbezogener sexualisierter Gewalt und zur Förderung der Geschlechtergleichstellung ganz generell beschlossen haben, einschließlich der auf dem Gipfeltreffen in Washington gebilligten Leitlinie zu Frauen, Frieden und Sicherheit;
12. **in der Erkenntnis**, dass in bilateralen und multilateralen Formaten, auch im Rahmen der NATO, dringend konzertierte Anstrengungen zur Bekämpfung konfliktbezogener sexualisierter Gewalt unternommen werden müssen;

¹ Vorgelegt vom Ausschuss für Demokratie und Sicherheit und von der Plenarversammlung auf der 70. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO am 25. November 2024 in Montreal (Kanada) verabschiedet.

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses sowie gegebenenfalls die NATO-Organen **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- a. in ganzheitlicher und systematischer Weise nationale und kollektive Strategien zur Bekämpfung konfliktbezogener sexualisierter Gewalt umzusetzen;
 - b. für diese Bemühungen eine angemessene und langfristige finanzielle Unterstützung bereitzustellen;
 - c. ihre Anstrengungen zur Bekämpfung struktureller geschlechtsspezifischer Ungleichheiten, die zu konfliktbezogener sexualisierter Gewalt beitragen, zu verstärken;
 - d. sicherzustellen, dass die nationalen Streitkräfte angemessen ausgerüstet und geschult sind, um konfliktbezogene sexualisierte Gewalt zu erkennen und zu verhindern, die Zivilbevölkerung vor solcher Gewalt zu schützen und den Opfern und Überlebenden zu helfen;
 - e. weiterhin das Bewusstsein zu schärfen und den Einsatz sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe und Konfliktursache anzuprangern, insbesondere in den einschlägigen multilateralen Gremien;
 - f. ihren diplomatischen Einfluss geltend zu machen, um die bewaffneten Akteure auf ihre moralischen und rechtlichen Verpflichtungen hinzuweisen, keine sexualisierte Gewalt anzuwenden und die Zivilbevölkerung vor solcher Gewalt zu schützen;
 - g. der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen und die Rechenschaftspflicht zu wahren, indem sie nationale und internationale Justizorgane mit ausreichenden politischen, finanziellen und technischen Mitteln ausstatten, um Fälle von konfliktbezogener sexualisierter Gewalt zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, und sich für eine Entschädigung der Opfer und Überlebenden für das erlittene Leid einzusetzen;
 - h. gezielte Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die sich für die Ausübung, Anordnung oder Ermöglichung konfliktbezogener sexualisierter Gewalt als verantwortlich erweisen;
 - i. die Erhebung genauer, verlässlicher und aufgeschlüsselter Daten über konfliktbezogene sexualisierte Gewalt sowie weiterreichende Forschungsanstrengungen zu fördern und spezifische Überwachungs- und Evaluierungsmechanismen für die Maßnahmen der Verbündeten zur Bekämpfung konfliktbezogener sexualisierter Gewalt zu entwickeln, um deren Wirkung, Nachvollziehbarkeit und Transparenz zu maximieren;
 - j. zur Verhütung sexualisierter Gewalt in Konflikt- und Postkonfliktszenarien beizutragen, indem sie Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen auf Gemeindeebene sowie Frühwarn- und Interventionssysteme konzipieren und umsetzen und strukturelle Ungleichheiten angehen;
 - k. den Anteil von Frauen sowie von Opfern und Überlebenden in Sicherheits-, Friedenssicherungs-, Strafverfolgungs- und militärischen Funktionen zu erhöhen, um das Vertrauen in die Institutionen zu fördern, Überlebende und Opfer als Akteure des Wandels zu stärken und zu einem dauerhaften Frieden beizutragen;
 - l. rasche, wirksame und umfassende Maßnahmen zu ergreifen, die den Bedürfnissen der Opfer und Überlebenden gerecht werden und den Zugang zu Schutz-, Justiz- wie auch Unterstützungssystemen und Wiedereingliederungsprogrammen gewährleisten, und die Opfer und Überlebenden in die Gestaltung und Umsetzung dieser Maßnahmen systematisch einzubeziehen;
 - m. die finanzielle, technische und politische Unterstützung für internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen, die konfliktbezogene sexualisierte Gewalt bekämpfen und Opfern und Überlebenden helfen, zu verstärken;
 - n. die Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen die Anwendung sexualisierter Gewalt durch Russland bei seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine aufrechtzuerhalten und auszubauen und den Opfern und Überlebenden sowie den ukrainischen Gerichten bei ihren Bemühungen um Wiedergutmachung für diese Grausamkeiten zur Seite zu stehen;
 - o. im Einklang mit den einschlägigen Strategien und Verfahren der NATO mit Partnerländern, maßgeblichen internationalen Einrichtungen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich aktiv gegen konfliktbezogene sexualisierte Gewalt und für die Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit einsetzen, enger zusammenzuarbeiten;

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- p. ein Zentrum für demokratische Resilienz innerhalb der NATO einzurichten, das als Plattform für die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und den Austausch bewährter Verfahren unter den Verbündeten und ihren Partnern dienen soll, um auf diese Weise die Demokratie und die regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen, was auch ein Verbot konfliktbezogener sexualisierter Gewalt umfasst.

ENTSCHLISSUNG 492²

DIE STÄRKUNG DER INTEGRIERTEN FLUG- UND RAKETENABWEHR DER NATO

Die Versammlung,

1. **in der Erkenntnis**, dass der völkerrechtswidrige, grundlose und ungerechtfertigte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der eine Ausweitung der seit Februar 2014 stattfindenden bewaffneten Aggression Russlands darstellte, die euroatlantische Sicherheit grundlegend verändert und die NATO-Staaten gezwungen hat, sich an ein gefährlicheres Sicherheitsumfeld anzupassen und die zur Verteidigung ihrer Bevölkerungen und ihres Gebiets erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben;
2. **zutiefst beunruhigt** über Russlands rapide Modernisierung und Erweiterung seines Raketenarsenals, einschließlich neuer doppel-einsatzfähiger ballistischer Raketen, Marschflugkörper und aeroballistischer Raketen, mit denen gezielt die Bevölkerungen und Gebiete der NATO gefährdet werden sollen, sowie über die Ausweitung seiner Produktionskapazitäten, um seine rücksichtslosen, brutalen und völkerrechtswidrigen Luftschläge gegen ukrainische Städte, die Zivilbevölkerung und die Streitkräfte fortsetzen zu können;
3. **in hohem Maße besorgt** über die erheblichen Fortschritte und Investitionen Russlands, Chinas und Nordkoreas im Bereich ihrer nuklearen Arsenale und Fähigkeiten, einschließlich einer in Entwicklung befindlichen russischen Atomwaffe, mit der Weltrauminfrastruktur angegriffen werden soll, was in Verbindung mit der rücksichtslosen nuklearen Rhetorik Russlands und der angekündigten Stationierung von Nuklearraketen bei seinem Verbündeten Belarus den eindeutigen Versuch darstellt, das globale strategische Kräfteverhältnis zu verschieben;
4. **in der Erkenntnis**, dass die von Russland eingesetzte nukleare Rhetorik und Manipulation in Form von Drohungen und Eskalationstaktiken darauf abzielt, die Geschlossenheit des Bündnisses zu destabilisieren, und **bekräftigend**, dass solche Maßnahmen das Bündnis nicht davon abhalten dürfen, die Ukraine dauerhaft und tatkräftig zu unterstützen;
5. **in klarem Bewusstsein** über die sich entwickelnden Formen der opportunistischen militärischen Zusammenarbeit zwischen den autokratischen Regimen in Moskau, Peking, Teheran und Pjöngjang, die sich insbesondere auf den Austausch von Fähigkeiten und Know-how im Raketen- und Drohnenbereich konzentrieren, und **zutiefst beunruhigt** darüber, dass diese Formen der Zusammenarbeit inzwischen auch nichtstaatliche Akteure einschließen, was bestehende Konflikte und konventionelle und atomare Risiken auf der ganzen Welt weiter verschärft;
6. **wachsam** angesichts der zentralen Rolle, die hochentwickelte Raketen und Drohnen bereits in einer wachsenden Zahl von Konflikten in der unmittelbaren Nachbarschaft des Bündnisses spielen, insbesondere in Russlands großangelegtem und grausamem Angriffskrieg gegen die Ukraine, bei dem Waffen aus Iran und der Demokratischen Volksrepublik Korea sowie nordkoreanische Truppen zum Einsatz kommen und nun eine strategische ballistische Rakete verwendet wird, die als Träger von Massenvernichtungswaffen dienen könnte;
7. **besorgt** über die Tatsache, dass diese wachsende Komplexität der Luftbedrohungen eine klare und akute Herausforderung für die bestehenden Flug- und Raketenabwehrsysteme der NATO-Verbündeten darstellt und die Partner dazu zwingt, ihre Luftverteidigungskräfte einzusetzen, um russische Militärobjekte über ihrem Hoheitsgebiet abzuschießen;
8. **beunruhigt** über Russlands wiederholte Verletzung der Rüstungskontrollsysteme und Nichtverbreitungsinitiativen, wie dem Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF), dem neuen Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen (neuer START-Vertrag) und dem Raketentechnologie-Kontrollregimes (MTCR), und **sich dessen bewusst**, dass die fortgesetzte Aushöhlung der Rahmeninstrumente und Normen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung die strategische Stabilität beeinträchtigt;

² Vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und von der Plenarversammlung auf der 70. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO am 25. November 2024 in Montreal (Kanada) verabschiedet.

9. die Ukraine für ihre heldenhafte Landesverteidigung gegen die russischen Luftangriffe – obwohl sie truppen- und materialtechnisch erheblich im Nachteil ist – **lobend**;
10. die Verbündeten **nachdrücklich auffordernd**, aus der gekonnten Verteidigung der Ukraine gegen den komplexen Luftkrieg Russlands zu lernen, insbesondere aus der Auflockerung und Manövrierfähigkeit ihrer Luftverteidigung und dem innovativen Einsatz von Drohnen für Aufklärung, Überwachung, Zielerfassung und als Munition für Direktangriffe;
11. **unter Hinweis darauf**, dass die Integrierte Flug- und Raketenabwehr (Integrated Air and Missile Defence, IAMD) für die Kernaufgabe des Bündnisses, nämlich Abschreckung und Verteidigung, von grundlegender Bedeutung und daher für die kollektive Verteidigung unverzichtbar ist, wenn verhindert werden soll, dass der Wettbewerbsvorsprung der NATO gegenüber Akteuren verloren geht, die versuchen, weltweite Instabilität zu schaffen und die regelbasierte internationale Ordnung in Frage zu stellen;
12. **feststellend**, dass die unzureichenden Investitionen in die Flug- und Raketenabwehrfähigkeiten der Verbündeten nach dem Ende des Kalten Krieges die Sicherheit der NATO-Staaten im gegenwärtigen, instabilen und unberechenbaren Sicherheitsumfeld beeinträchtigt haben;
13. **in Anerkennung der Tatsache**, dass die Verbündeten nun erhebliche Investitionen in die IAMD der NATO tätigen müssen, um die auf den Gipfeltreffen von Madrid und Vilnius vereinbarte neue Grundanforderung für Verteidigung und Abschreckung zu erfüllen;
14. die Inbetriebnahme des Raketenabwehrstützpunkts in Redzikowo (Polen) als einen wichtigen Meilenstein bei der Stärkung der IAMD-Fähigkeiten der NATO und der Verbesserung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs des Bündnisses an seiner Ostflanke **begrüßend**;
15. die multilateralen Initiativen zur Stärkung und Modernisierung der IAMD, insbesondere die Initiative „European Sky Shield“, sowie die Entwicklung und den Erwerb von Flug- und Raketenabwehrsystemen durch einzelne Verbündete **begrüßend**;
16. **ebenfalls unter Begrüßung** der auf dem Gipfeltreffen von Washington geäußerten Absicht der Verbündeten, die IAMD-Leitlinie der NATO auf der Grundlage eines 360-Grad-Ansatzes zu aktualisieren, um die Reaktionsfähigkeit, Reaktionsschnelligkeit und Integration anhand verschiedener Initiativen, etwa durch das IAMD-Rotationsmodell im gesamten euroatlantischen Raum mit einem vorläufigen Schwerpunkt auf der Ostflanke, weiter zu erhöhen;
17. **unter Betonung der Tatsache**, dass alle Initiativen zur Flug- und Raketenabwehr die im Rahmen des NATO-Verteidigungsplanungsprozesses (NDPP) festgelegten Fähigkeitsziele erfüllen sollten und dass neue Kräfte und Mittel mit anderen NATO-Systemen interoperabel sein sollten;
18. den Verbündeten **nahelegend**, in moderne Raketenabwehrtechnologien zu investieren und diese frühzeitig einzuführen, darunter Strahlenwaffen, weltraumgestützte Sensoren und wirksamere Abfangflugkörper;
19. **hervorhebend**, dass eine stärkere und leistungsfähigere IAMD-Architektur der NATO nicht nur mehr Abschussvorrichtungen, Abfangflugkörper, Radare und Sensoren bedeutet, sondern auch einen stärker integrierten NATO-Führungsmittelverbund, um nationale Kräfte und Mittel in ein einheitliches bündnisweites System einzubinden;
20. **unter Bekräftigung der Tatsache**, dass eine modernisierte 360-Grad-IAMD der NATO angesichts der Verschlechterung des Sicherheitsumfelds des Bündnisses ein strategisches Gebot ist;
21. **sich vollkommen dessen bewusst**, dass die Raketenabwehr die Rolle von Atomwaffen bei der Abschreckung ergänzen, sie aber nicht ersetzen kann;
22. **unterstreichend**, dass die NATO in ihrer Reaktion auf die russische Aggression geeint bleiben und die Ukraine weiterhin unterstützen muss, wobei sie gleichzeitig deutlich machen muss, dass Manipulationen, Drohungen und Erpressung das Bündnis nicht davon abhalten werden, das Völkerrecht zu wahren und demokratische Werte zu verteidigen;
23. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. entweder durch Einzelinvestitionen oder durch gemeinsame Initiativen alle einzelnen Schwachstellen an der Ostflanke des Bündnisses zu beseitigen, wo viele Komponenten der Luftverteidigung entweder in die Jahre gekommen, inkompatibel, sowjetische Altbestände oder nicht vorhanden sind;

- b. ihre Luftverteidigung auf NATO-Standard zu bringen und sicherzustellen, dass sie interoperabel und in eine umfassendere IAMD-Architektur integriert ist, die darauf zugeschnitten ist, allen Bedrohungen aus der Luft und durch Raketen zu begegnen, die aus allen strategischen Richtungen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren ausgehen;
- c. auf den in Madrid eingegangenen Verpflichtungen zur Umsetzung der Flug- und Raketenabwehr der NATO aufzubauen, da dies eine entscheidende Voraussetzung für die Erfüllung der auf dem Gipfeltreffen von Vilnius festgelegten Leistungsvorgaben ist, und das Gleichgewicht zwischen defensiven und offensiven Systemen zu wahren, die das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO untermauern;
- d. die Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP als Basiswert zu erhöhen, wobei mindestens 20 % für Investitionen und die Beschaffung neuer Ausrüstung bereitgestellt werden sollten, die Fähigkeiten der Verbündeten zu verbessern und die Abschreckungs- und Verteidigungsstandards zu erfüllen, zu denen sie sich verpflichtet haben, und sich darüber im Klaren zu sein, dass in bestimmten Fällen wesentlich höhere Ausgaben erforderlich sein werden, um Artikel 3 des Vertrags von Washington zu genügen;
- e. die Produktion an allen Industriestandorten der Verbündeten anzukurbeln, indem konsequente Nachfragesignale ausgesandt, erforderliche Investitionen getätigt und die Hindernisse für die Verteidigungszusammenarbeit zwischen den Verbündeten abgebaut werden;
- f. die Architektur der Flug- und Raketenabwehr des Bündnisses auf die staatlichen und nichtstaatlichen Bedrohungen, mit denen es konfrontiert ist, abzustimmen, insbesondere auf die klare und aktuelle Herausforderung durch Russland;
- g. zu prüfen, ob der Bündnisauftrag im Bereich der ballistischen Raketen angepasst werden sollten, um den Gegebenheiten des gegenwärtigen Sicherheitsumfelds Rechnung zu tragen;
- h. sicherzustellen, dass die Verbündeten auch über weniger anspruchsvolle Fähigkeiten verfügen, um einer Reihe von nicht-strategischen Bedrohungen aus der Luft und durch Raketen begegnen zu können;
- i. aus der heldenhaften Selbstverteidigung der Ukraine zu lernen, insbesondere was die zentrale Rolle verteilter und mobiler Flugabwehrsysteme betrifft, und diese Lehren in die Praxis der NATO-Raketenabwehr einzubeziehen;
- j. die Weiterentwicklung von Drohnen sowohl für das Gefechtsfeldmanagement als auch als Munition für Direktangriffe sowie für offensive und defensive Aufgaben voranzutreiben;
- k. ihre Fähigkeit zur Durchführung von IAMD-Missionen zu verbessern, ihre Beteiligung an den einschlägigen IAMD-Einrichtungen der NATO, einschließlich des IAMD-Exzellenzzentrums der NATO auf Kreta, zu verstärken und die nahtlose Integration dieser Missionen in das allgemeine Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv des Bündnisses zu gewährleisten.

ENTSCHLISSUNG 493³

DIE MOBILISIERUNG DES TECHNOLOGISCHEN FORTSCHRITTS ZUR FÖRDERUNG DES WOHLSTANDS UND DER SICHERHEIT DER VERBÜNDETEN

Die Versammlung,

1. **unter Betonung der Tatsache**, dass die Aufrechterhaltung der technologischen Überlegenheit der NATO und der Verbündeten in einem Sicherheitsumfeld, das durch einen neuen strategischen Wettbewerb zwischen demokratischen NATO-Staaten und autokratischen Mächten gekennzeichnet ist, von größter Bedeutung ist;
2. **in der Erkenntnis**, dass die militärischen Systeme sowohl der Verbündeten als auch der konkurrierenden Staaten in zunehmendem Maße auf kommerziell entwickelte Technologien angewiesen sind;

³ Vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und von der Plenarversammlung auf der 70. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO am 25. November 2024 in Montreal (Kanada) verabschiedet.

3. **entschlossen**, technologische Innovationen und deren bündnisweite Aneignung stärker zu fördern und gleichzeitig verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Versorgungsketten zu sichern und den Zugang konkurrierender Staaten zu den militärisch sensibelsten Technologien zu begrenzen, ohne in einen umfassenden Protektionismus zu verfallen;
4. **beunruhigt darüber**, dass Chinas wachsende wirtschaftliche und technologische Möglichkeiten in Verbindung mit seiner Fähigkeit, sich auf legalem und illegalem Wege sensible westliche Technologien mit militärischer Nutzbarkeit zu beschaffen, eine ernsthafte strategische Herausforderung für die Verbündeten und ihre Partner darstellen;
5. **Kenntnis nehmend** vom erklärten Ziel Chinas, eine beherrschende Stellung auf wichtigen Technologiemarkten zu erlangen, die vielfach auch militärische Anwendungen hervorbringen, darunter Halbleiter, künstliche Intelligenz (KI), Luft- und Raumfahrt, Biotechnologie, Informationstechnologie, intelligente Fertigung, Meerestechnik, moderner Schienenverkehr, Elektrofahrzeuge und andere elektrische Geräte;
6. **sich dessen bewusst**, dass KI ein Kampfkraftverstärker („Force Multiplier“) ist, der künftige Märkte und Gefechtsfelder stark beeinflussen wird, und dass auch sie zu einer Ursache für wachsende handelspolitische und geostrategische Spannungen geworden ist;
7. **unter Begrüßung** der Entschlossenheit der Bündnisstaaten und Partner, das positive Potenzial von KI in vollem Umfang zu nutzen und gleichzeitig Vorschriften und Normen zu entwickeln, um den potenziellen Gefahren von KI zu begegnen und denjenigen einen Riegel vorzuschieben, die KI als Waffe gegen die demokratische Welt einzusetzen beabsichtigen;
8. die Einführung strikter und umfassender Sanktionsregime, einschließlich von Beschränkungen beim Zugang zu Technologien, um Russlands Fähigkeit zur Fortsetzung seines Angriffskriegs gegen die Ukraine zu schwächen, **unterstützend**;
9. **unter Begrüßung** der bedeutenden Investitionen, die Nordamerika, Europa und Partnerländer wie Japan und die Republik Korea in die Halbleiterfertigung getätigt haben, um sicherzustellen, dass kritische Branchen einschließlich der Rüstungsindustrie auch in Zukunft einen gesicherten Zugang zu diesen unverzichtbaren technischen Komponenten haben werden;
10. **in der Erkenntnis**, dass mindestens 92 % der Produktionskapazitäten für die weltweit modernsten Halbleiter (unter zehn Nanometern) derzeit in Taiwan angesiedelt sind;
11. **unter Befürwortung** der Bemühungen westlicher Unternehmen und Regierungen, die Maßnahmen zum Schutz vor Diebstahl geistigen Eigentums zu verstärken;
12. **in der Erkenntnis**, dass es aufgrund der ständigen Weiterentwicklungen bei Rüstungsgütern neuer, technisch und politisch komplexer Strategien der Ausfuhrkontrolle bedarf;
13. **unter Verurteilung** der Umgehung von Ausfuhrkontrollen und Sanktionen durch Russland, um an Beschränkungen unterliegende westliche Technologien zu gelangen, die es in Waffensysteme integriert, welche in seinem völkerrechtswidrigen und ungerechtfertigten Krieg in der Ukraine zum Einsatz kommen, sowie ähnlicher Vorgehensweisen Irans und Nordkoreas;
14. **in der Feststellung**, dass der Weiterverkauf von Beschränkungen unterliegenden Technologien an Länder, in denen diese Beschränkungen nicht gelten oder nicht rigoros durchgesetzt werden, die Weiterleitung dieser Technologien an strategische Konkurrenten erleichtert;
15. des Weiteren **beunruhigt darüber**, dass westliche Regierungen die Mittel für die Durchsetzung von Ausfuhrkontrollen und Sanktionen zu gering bemessen haben, was die Risiken und Kosten für diejenigen, die diese Beschränkungen umgehen, faktisch vermindert;
16. **in Kenntnis der Tatsache**, dass wirksame Kontrollregelungen für Technologieausfuhren Allianzen zwischen Verbündeten und Partnern erfordern, die gemeinsam umfassende Beschränkungen erarbeiten, die den Zugang von Rivalen zu militärisch sensiblen Technologien begrenzen;
17. **unter Begrüßung** der AUKUS-Partnerschaft zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, die einen wichtigen Fortschritt beim Technologieaustausch und bei der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit zwischen zwei wichtigen NATO-Verbündeten und einem Partner im indopazifischen Raum darstellt und in Zukunft zu einem Vorbild für eine erweiterte technologische Zusammenarbeit zwischen Demokratien werden könnte, sowie des Global Combat Air Programme (GCAP) zwischen Japan, Italien und dem Vereinigten Königreich, an dem ebenfalls zwei NATO-Mitglieder und ein Partner im indopazifischen Raum beteiligt sind und dem sich weitere Länder anschließen können;

18. **feststellend**, dass die NATO-Verbündeten in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und Hochschulen gut dotierte Innovationsprogramme unterhalten müssen, um die kommerziellen und strategischen Vorteile von Technologie besser auszuschöpfen;
19. **erfreut darüber**, dass die NATO die gemeinsame Technologieentwicklung als einen entscheidenden Beitrag zur Kräfteverstärkung ansieht, der die Interoperabilität und Effizienz verbessert und gleichzeitig wichtige Verbindungen zwischen den Rüstungsindustrien der Verbündeten fördert;
20. der Erkenntnis der NATO **beipflichtend**, dass strategische Konkurrenten in diesem Bereich, insbesondere ihre gemeinsamen Bemühungen, die Ausfuhrbeschränkungen für Technologie der Verbündeten auszuhebeln, eine Herausforderung darstellen;
21. **in Unterstützung** von Bemühungen wie dem Fahrplan für die Innovationszusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine, in dem gemeinsame Ziele für die technologische Zusammenarbeit der NATO mit diesem wichtigen Partner festgelegt sind und in dem die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte im Rahmen von vier Handlungsfeldern benannt werden: innovationsfördernde Maßnahmen, Austausch zwischen den Innovationsökosystemen, Pilotprojekte und Erfahrungsaustausch;
22. **in der Erkenntnis**, dass ein kontinuierlicher Dialog zwischen den nationalen Verteidigungsministerien, den Behörden, der Wissenschaft und der Rüstungsindustrie die Maßnahmen zur Einbindung neuer Technologien in die nationalen Streitkräftestrukturen erleichtern kann;
23. die Lancierung und den laufenden Ausbau des DIANA-Programms der NATO, mit dem das Engagement des Bündnisses für technologische Innovationen unterstrichen wird, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
24. **in der Überzeugung**, dass die NATO-Staaten einen umfassenden Rahmen für die Sicherung der Lieferketten und die Regulierung des Handels mit sensiblen Technologien mit konkurrierenden Staaten benötigen und ihr Vorgehen in diesem Bereich koordinieren sollten;
25. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. mehr politische Aufmerksamkeit und Ressourcen darauf zu verwenden, den Risiken, die durch den Abfluss von Technologien durch Handel, gezielte Investitionen strategischer Konkurrenten in westliche Unternehmen, Schmuggel und Spionage entstehen, entgegenzuwirken;
 - b. das ganze Ausmaß der technologischen und strategischen Ambitionen Chinas und seine Neigung, zu ihrer Verwirklichung Technologiediebstahl zu begehen und in Zusammenarbeit mit anderen strategischen Konkurrenten beträchtliche Ressourcen für diese Ziele einzusetzen, zu erkennen;
 - c. mit Partnern im indopazifischen Raum in der Forschung und Entwicklung, beim akademischen Austausch und bei den Bemühungen um die Sicherung von Lieferketten für wichtige Vorleistungsgüter, die zur Ausweitung der Produktion von Schlüsseltechnologien benötigt werden, enger zusammenzuarbeiten;
 - d. bestehende Sanktionen und Sekundärsanktionen sowie Ausfuhrbeschränkungen im Bereich der Militärtechnologie durchzusetzen und bei der Entwicklung geeigneter Maßnahmen, mit denen sich die wirtschaftliche Resilienz des Bündnisses angesichts der strategischen Konkurrenz durch Länder wie Russland und China verbessern lässt, stärker zusammenzuarbeiten;
 - e. die Ausfuhrkontrollen für neuartige Dual-Use-Technologien und strategisch wichtiges geistiges Eigentum zu koordinieren, auch im Rahmen einschlägiger internationaler Foren, damit strategische Konkurrenten keinen Zugang zu kritischer Technologie erhalten, die zur Bedrohung der Sicherheit von Verbündeten und Partnern eingesetzt werden könnte;
 - f. insbesondere unter gleichgesinnten Staaten ein praktikables Gleichgewicht zwischen Sicherheitserwägungen und Freihandelsgrundsätzen zu finden, um übermäßig strenge Kontrollen und einen regelrechten Protektionismus zu vermeiden, wodurch Innovationen behindert, die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet und die Preise unnötig in die Höhe getrieben würden;
 - g. hinsichtlich der Art der technologiebedingten Sicherheitsbedrohungen für mehr Transparenz zu sorgen, damit die Unternehmen besser in der Lage sind, nationale Sicherheitserwägungen bei ihren Handels- und Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen;
 - h. für die Einführung geeigneter Regeln und Durchsetzungsmaßnahmen zu sorgen, damit Investitionen aus dem Ausland und im Ausland nicht zu einer Verbreitung sensibler Technologien führen;

- i. Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor und den Hochschulen zu stärken, um die Technologieentwicklung voranzutreiben;
- j. die Bemühungen der Ukraine um die Entwicklung von und den Zugang zu Schlüsseltechnologien, die sie zur Verteidigung ihrer Souveränität und zum Schutz ihrer Bevölkerung einsetzen kann, zu unterstützen;
- k. die Bemühungen der NATO zu unterstützen, mit Partnern aus dem öffentlichen und privaten Sektor, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft im Einklang mit den einschlägigen Strategien und Verfahren der NATO zusammenzuarbeiten, um neue Technologien zu entwickeln und sich anzueignen, internationale Grundsätze für eine verantwortungsvolle Nutzung festzulegen und den technologischen Vorsprung der NATO durch Innovation zu wahren;
- l. im Einklang mit der erneuten Zusage für Verteidigungs- und Investitionsausgaben, die auf dem Gipfeltreffen von Vilnius 2023 beschlossen und auf dem Gipfeltreffen von Washington 2024 bekräftigt wurde, die öffentlichen Mittel bereitzustellen, die zur Gewährleistung technologischer Entwicklungen mit militärischer Nutzbarkeit erforderlich sind.

ENTSCHLISSUNG 494⁴

DIE NATO NACH DEM GIPFEL VON WASHINGTON: DAS BÜNDNIS FÜR DIE ZUKUNFT WAPPEN UND DIE UKRAINE BIS ZUM SIEG UNTERSTÜTZEN

Die Versammlung,

1. **in Würdigung** der beispiellosen Rolle der NATO in den letzten 75 Jahren als Garant für die Sicherheit Europas und Nordamerikas und als Grundpfeiler für Frieden und Stabilität in der euroatlantischen Region, ihrer Fähigkeit, sich als Reaktion auf sich wandelnde sicherheitspolitische Herausforderungen weiterzuentwickeln und anzupassen, und **in Bekräftigung** ihres unerschütterlichen Bekenntnisses zu gemeinsamen demokratischen Werten, einschließlich der Freiheit des Einzelnen, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, die die Grundlage für den Auftrag des Bündnisses bilden, sowie **in der Erkenntnis**, dass die Verteidigung dieser Werte ein elementarer Bestandteil der Rolle der NATO bei der Wahrung von Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum ist;
2. die Einigkeit, Entschlossenheit und unumstößliche Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des einzigartigen transatlantischen Bundes und die unumstößliche Verpflichtung zur in Artikel 5 verankerten kollektiven Verteidigung, die die Verbündeten auf dem Gipfeltreffen von Washington 2024 angesichts der größten sicherheitspolitischen Herausforderungen seit dem Kalten Krieg zum Ausdruck gebracht haben, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
3. **unter Begrüßung** der auf den jüngsten Gipfeltreffen getroffenen richtungsweisenden Entscheidungen zur massiven Stärkung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs der NATO, einschließlich der Stärkung der Vorverteidigung, der Annahme neuer Verteidigungspläne, der Wiederankurbelung der Rüstungsindustrie und der Optimierung der Führungsverfahren der NATO;
4. **in Würdigung** der gestiegenen Verteidigungsausgaben der Verbündeten, wobei 23 Staaten das Ziel von 2 % des BIP bis 2024 erreichen oder übertreffen werden, gleichwohl **betonend**, dass aufgrund des Sicherheitsumfelds alle Verbündeten langfristig mehr tun müssen;
5. **unter schärfster Verurteilung** des fortdauernden völkerrechtswidrigen, grundlosen und ungerechtfertigten Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, seiner fortgesetzten völkerrechtswidrigen, vorübergehenden Besetzung ukrainischen Hoheitsgebiets, seiner Kriegsverbrechen und seines rücksichtslosen nuklearen Säbelrasseln, was eine unmittelbare Bedrohung für die euroatlantische Stabilität darstellt;
6. **in Bekräftigung** ihrer uneingeschränkten Unterstützung für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und ihren unumkehrbaren Weg hin zur Vollmitgliedschaft in der NATO sowie **mit Genugtuung** über die Beschlüsse des Gipfeltreffens von Washington, die Unterstützung der Ukraine vorhersehbarer, kohärenter und institutionalisierter zu gestalten, unter anderem durch

⁴ Vorgelegt vom Politischen Ausschuss und von der Plenarversammlung auf der 70. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO am 25. November 2024 in Montreal (Kanada) verabschiedet.

die Einrichtung der NATO-Sicherheitsunterstützung und -Ausbildung für die Ukraine (NATO Security Assistance and Training for Ukraine, NSATU), wodurch die Einrichtung des gemeinsamen NATO-Ukraine-Zentrums für Analyse, Aus- und Weiterbildung (Joint Analysis, Training, and Education Centre, JATEC) vorangetrieben wird, und die Ankündigung einer Zusage zur langfristigen Sicherheitsunterstützung für die Ukraine mit einer beabsichtigten elementaren Mindestfinanzierung in Höhe von 40 Milliarden Euro innerhalb des kommenden Jahres;

7. **unter nachdrücklicher Verurteilung** der Tatsache, dass die Russische Föderation ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, insbesondere Interpol, dazu missbraucht, politische Gegner sowie ukrainische Militärangehörige, Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu verfolgen;

8. **unter Betonung der Tatsache**, dass Russland nach wie vor die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten darstellt, dass diese Bedrohung langfristig bestehen bleiben wird, und **unter Begrüßung** des von den Verbündeten auf dem Gipfeltreffen von Washington gefassten Beschlusses, Empfehlungen für den strategischen Ansatz der NATO zu Russland zu erarbeiten;

9. **unter erneutem Hinweis darauf**, dass der Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen nach wie vor die unmittelbarste asymmetrische Bedrohung für die euroatlantische und globale Sicherheit darstellt;

10. **in klarem Bewusstsein** über die vielfältigen und systemischen Herausforderungen, die die Volksrepublik China für die Interessen, die Sicherheit und die Werte der euroatlantischen Gemeinschaft und die regelbasierte internationale Ordnung darstellt, und **unter Missbilligung** der Rolle der VR China als entscheidender Wegbereiter für den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie des zunehmenden Zusammenspiels zwischen autokratischen Regimen in Russland, China, Iran, Nordkorea und Belarus;

11. die zunehmende militärische Unterstützung Russlands durch Nordkorea, dessen Entsendung von Truppen gegen die Ukraine und Lieferung von Raketen und Munition eine ernste Bedrohung für den Frieden in Europa und im indopazifischen Raum darstellen und eine weitere Verletzung des Völkerrechts bedeuten, **auf das Schärfste verurteilend**;

12. **in Bekräftigung** der Bedeutung des 360-Grad-Sicherheitsansatzes der NATO, mit dem Herausforderungen aus allen Richtungen begegnet wird, einschließlich der Südflanke, wo Instabilität, illegaler Handel, Terrorismus und militante Gruppen weiterhin eine Bedrohung für die Interessen der Verbündeten darstellen, sowie die auf dem Gipfeltreffen von Washington erfolgte Verabschiedung eines Aktionsplans für einen stärkeren, strategischeren und ergebnisorientierten Ansatz für die südliche Nachbarschaft **begrüßend**;

13. **unter Hervorhebung** des Wertes der Partnerschaften der NATO, einschließlich der wachsenden Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern im indopazifischen Raum zur Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung;

14. **unterstreichend**, dass sie die territoriale Unversehrtheit und die Souveränität Bosniens und Herzegowinas, Georgiens und der Republik Moldau sowie die euroatlantische Integration Georgiens und Bosniens und Herzegowinas konsequent unterstützt;

15. **in Anerkennung** der Bedeutung der strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und der Europäischen Union, **unter Begrüßung** der erstmaligen Ernennung eines designierten Kommissars für Verteidigung und Weltraum, und **dazu auffordernd**, die Zusammenarbeit insbesondere in Bereichen wie militärische Mobilität, Resilienz und Abwehr hybrider Bedrohungen zu verstärken, wobei die volle Einbindung der nicht zur EU gehörenden Verbündeten in die Verteidigungsinitiativen der EU sicherzustellen ist;

16. **in der Erkenntnis**, dass die NATO aufgrund neu auftretender Bedrohungen und Herausforderungen, einschließlich Desinformation, Cyberangriffen, bahnbrechender Technologien und der Militarisierung des Weltraums, ihre strategischen Fähigkeiten anpassen und ihren technologischen Vorsprung wahren muss;

17. **in Anerkennung** der sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels und der Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass die NATO auch weiterhin bestrebt ist, die führende internationale Organisation dafür zu werden, die Auswirkungen des Klimawandels und von Extremwetterlagen auf die Sicherheit zu verstehen und sich entsprechend anzupassen, und gleichzeitig die unlängst erfolgte Einrichtung des NATO-Exzellenzzentrums für Klimawandel und Sicherheit, das die zivile und militärische Zusammenarbeit in diesen Fragen fördern soll, **begrüßend**;

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

18. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. ihre unumstößliche Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung der NATO unter Beweis zu stellen, indem sie dafür sorgen, dass die auf dem Gipfeltreffen von Washington und den vorangegangenen Gipfeln gefassten Beschlüsse zur Stärkung des Abschreckungsdispositivs des Bündnisses und zur Verbesserung der Reaktionsfähigkeit vollständig umgesetzt werden, einschließlich der Fähigkeit zur Abschreckung durch Vereitelung mittels der weiteren Stärkung der Vorverteidigung und durch den Aufbau eines robusten, gestaffelten Luftverteidigungsschildes entlang der Ostflanke des Bündnisses;
- b. bis zum nächsten Gipfeltreffen in den Niederlanden einen gemeinsamen strategischen Ansatz zu Russland zu entwickeln, dessen Schwerpunkt darauf liegt, das Bündnis auf die Eindämmung und Bekämpfung wie auch immer gearteter feindlicher Handlungen Russlands – ob konventionell, hybrid oder nuklear –, umfassend vorzubereiten, und mit dem gleichzeitig Bemühungen unterstützt werden, die Fähigkeit Moskaus zum Führen von Angriffskriegen einzuschränken, unter anderem mittels der vollständigen Umsetzung von Sanktionen seitens aller Verbündeten sowie durch die Anerkennung des Rechts der Ukraine, im Einklang mit dem Selbstverteidigungsgrundsatz nach Artikel 51 der VN-Charta legitime militärische Ziele im Hoheitsgebiet des Aggressors anzugreifen;
- c. dafür zu sorgen, dass alle Verbündeten die Zielvorgabe von mindestens 2 % des BIP für Verteidigungsausgaben unverzüglich erfüllen, und eine weitere Anhebung dieses Wertes in Betracht zu ziehen, damit die neuen Verteidigungspläne der NATO vollständig umgesetzt werden können, und gleichzeitig die NATO-Zusage zur Ausweitung der Industriekapazitäten (NATO Industrial Capacity Expansion Pledge) einzulösen und gemeinsame Beschaffungsinitiativen zu fördern;
- d. die militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung für die Ukraine fortzusetzen und auszubauen, indem die rechtzeitige Lieferung von Munition und modernen Waffensystemen, einschließlich Flugabwehrsystemen, Präzisionswaffen mit großer Reichweite und Mehrzweck-Kampfflugzeugen, sichergestellt wird, und gleichzeitig die Zusage zur langfristigen Sicherheitsunterstützung für die Ukraine einzulösen und das gesamte Potenzial der NSATU, des NATO-Ukraine-Rates, des Umfassenden Hilfspaketes (Comprehensive Assistance Package, CAP), des Gemeinsamen Analyse-, Schulungs- und Ausbildungszentrums der NATO und der Ukraine, der NATO-Vertretung in der Ukraine und weiterer Unterstützungsinstrumente auszuschöpfen und diese Unterstützung für die Ukraine so lange aufrechtzuerhalten, wie sie der russischen Aggression oder der Gefahr einer solchen ausgesetzt ist;
- e. die in der Friedensformel und dem Siegesplan der Ukraine zum Ausdruck gebrachten Bemühungen zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens für die Ukraine zu unterstützen und dem Grundsatz „Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine“ treu zu bleiben;
- f. die politischen und praktischen Bemühungen dahingehend zu verstärken, dass die Ukraine so rasch wie möglich eine Einladung erhält und zum 33. Mitglied der NATO wird;
- g. den Sanktionsrahmen gegen die Russische Föderation und die DVRK zu verschärfen, um den Preis für deren Kooperation bei der Aggression gegen die Ukraine zu erhöhen, und der Ukraine alle Mittel, einschließlich Mittelstreckenraketen, zur Verfügung zu stellen, um sich zu verteidigen und von weiteren Aggressionen abzuschrecken;
- h. weiterhin nationale und internationale Initiativen zu unterstützen, um russische Streitkräfte und Funktionsträger für Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen, das Verbrechen der Aggression und andere Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen;
- i. das Bekenntnis der Verbündeten zu Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in die Praxis umzusetzen, unter anderem durch die unverzügliche Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier;
- j. ihre Anstrengungen fortzusetzen, um Bedrohungen durch terroristische Gruppen zu bekämpfen, durch Abschreckung zu verhindern, abzuwehren und auf sie zu reagieren, unter anderem durch die vollständige Umsetzung des auf dem Gipfeltreffen von Washington aktualisierten Aktionsplans zur Stärkung der Rolle der NATO im Kampf der internationalen Staatengemeinschaft gegen den Terrorismus und durch die Unterstützung der Arbeit des Sonderkoordinators des NATO-Generalsekretärs für Terrorismusbekämpfung;

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- k. politische und wirtschaftliche Hebel einzusetzen, um China davon abzuhalten, Russlands Kriegshandlungen zu unterstützen, und die Resilienz des Bündnisses gegenüber der systemischen Herausforderung, die China für die euroatlantische Sicherheit darstellt, weiter zu stärken, unter anderem durch die Verringerung strategischer Abhängigkeiten, durch Investitionen in die Cyberabwehr und durch die Zusammenarbeit mit den Partnern des Bündnisses, insbesondere mit der EU und gleichgesinnten Partnern im indopazifischen Raum, wobei weiter nach Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog mit Peking gesucht werden sollte;
- l. das Engagement der NATO gegenüber den südlichen Partnern auf der Grundlage des auf dem Gipfeltreffen von Washington angenommenen Aktionsplans auszubauen, einschließlich der Stärkung der Sicherheit der Verbündeten an den südlichen Grenzen, wobei eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit angestrebt und mögliche Synergien mit den südlichen Nachbarn und anderen maßgeblichen Akteuren, namentlich der Europäischen Union, ausgelotet werden sollten, sowie der Stärkung der Rolle des kürzlich ernannten Sonderbeauftragten des NATO-Generalsekretärs für die südliche Nachbarschaft, um den Beitrag der NATO zur regionalen Stabilität wirksamer zu gestalten und das Koordinierungszentrum für den Süden (Strategic Direction – South HUB) in Neapel besser zu nutzen;
- m. sich weiterhin für Sicherheit und Stabilität in den westlichen Balkanstaaten einzusetzen, Reformen und Aussöhnung in der gesamten Region zu fördern und die Unterstützung der regionalen Partner bei der Bekämpfung des schädlichen Einflusses autoritärer Länder zu verstärken;
- n. den Verbündeten und Partnern im Schwarzmeerraum weiterhin Sicherheit zu geben, indem die einschlägigen multinationalen Gefechtsverbände gestärkt, die Freiheit der Schifffahrt gewahrt und die Bemühungen Georgiens und der Republik Moldau, sich gegen böswillige russische Aktivitäten zur Wehr zu setzen, unterstützt werden;
- o. den technologischen Vorsprung der NATO auszubauen und die jüngsten NATO-Initiativen im Bereich der Verteidigungsinnovationen umzusetzen, indem die Stärken freier Gesellschaften bei der Förderung von Innovationen genutzt werden und gleichzeitig die Integration innovativer Technologien in die gesamte Verteidigungsarchitektur der NATO sichergestellt wird;
- p. dafür zu sorgen, dass die NATO klimabedingte Risiken als ein Kernstück ihrer Verteidigungsplanung auffasst, unter anderem durch die Förderung von Innovationen, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und kritischen Rohstoffen zu reduzieren und die Autonomie des Bündnisses in dieser Hinsicht zu stärken, und gleichzeitig die Resilienz der Verbündeten gegenüber klimabedingten Katastrophen erhöht und die globalen Bemühungen zur Eindämmung der Klimaveränderungen unterstützt;
- q. die NATO-Agenden zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) und zur menschlichen Sicherheit weiter in alle Kernaufgaben zu integrieren, auch durch die Umsetzung der aktualisierten WPS-Leitlinie.

ENTSCHLIESSUNG 495⁵

DIE CHANCEN EINES VERANTWORTUNGSVOLLEN EINSATZES VON KÜNSTLICHER INTELLIGENZ IM MILITÄRISCHEN BEREICH NUTZEN

Die Versammlung,

1. **in der Erkenntnis**, dass künstliche Intelligenz (KI) die Art und Weise, wie Kriege geführt werden, verändern wird und dass eine Führungsrolle im Bereich KI unerlässlich ist, um den technologischen Vorsprung der NATO zu wahren und den verantwortungsvollen Einsatz von KI im militärischen Bereich zu gewährleisten;
2. **in der Feststellung**, dass die Integration von KI in militärische Systeme die Kriegsführung revolutionieren wird, beispielsweise durch Fortschritte bei der Entscheidungsunterstützung, den Einsatz autonomer Systeme und die Erweiterung und Anpassung der Aufgaben von Soldaten;
3. **in Bekräftigung** der Notwendigkeit, eine internationale Konvention zur Regelung des Einsatzes von KI in letalen autonomen Waffensystemen zu verabschieden;

⁵ Vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und von der Plenarversammlung auf der 70. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO am 25. November 2024 in Montreal (Kanada) verabschiedet.

4. **Kenntnis nehmend** von der Vielzahl technischer, operativer, rechtlicher und ethischer Herausforderungen, die der Einsatz von KI in künftigen bewaffneten Konflikten mit sich bringen kann, sowie des Umstands, dass in der Kriegsführung eingesetzte KI in der breiten Öffentlichkeit Besorgnis und Misstrauen hervorrufen kann;
5. **feststellend**, dass das Innovationstempo und die Forderung nach einer raschen Adaption von KI durch die Streitkräfte im Hinblick auf die zivile Kontrolle und die Regulierungsverfahren Schwierigkeiten mit sich bringen und dass die meisten internationalen wie staatlichen Regulierungsversuche nicht für die Landesverteidigung und den militärischen Bereich gelten;
6. **unter Begrüßung** der überarbeiteten KI-Strategie des Bündnisses und **in Bekräftigung** der Grundsätze der verantwortungsvollen Nutzung künstlicher Intelligenz in der Verteidigung;
7. die Bemühungen der NATO zur Förderung eines innovativen KI-Ökosystem durch den NATO-Innovationsfonds, seine Investitionen in vielversprechende Start-ups sowie des Beschleuniger-Programms DIANA, bei dem KI als bereichsübergreifende Grundlagentechnologie hervorgehoben wird, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
8. **unter nachdrücklicher Befürwortung** der Bemühungen und der Arbeit anderer NATO-Organe, wie des NATO-Bewertungsausschusses für Daten und KI, der NATO-Organisation für Wissenschaft und Technologie und der NATO-Kommunikations- und Informationsagentur, um sicherzustellen, dass das Bündnis von den mit KI verbundenen Vorteilen profitieren und gleichzeitig die damit zusammenhängenden Gefahren vermeiden kann;
9. **unter Begrüßung** der wichtigen Bemühungen nationaler Regierungen und internationaler Organisationen, die Entwicklung und den Einsatz von KI zu regeln und zu kontrollieren, um so Rahmenbedingungen für eine ethisch vertretbare und demokratische Nutzung von KI zu schaffen;
10. **warnend**, dass externe Akteure wie die Volksrepublik China und die Russische Föderation in diesem technologischen Bereich immer aktiver werden, um ihre Streitkräfte unter Einhaltung von weniger demokratischen und ethischen Auflagen als die Verbündeten zu stärken;
11. **feststellend**, dass sich die Volksrepublik China und Russland möglicherweise nicht an die international eingeleiteten Initiativen für einen ethisch vertretbaren und verantwortungsvollen Einsatz von KI im militärischen Bereich halten, was sich daran zeigt, dass die Volksrepublik China den Maßnahmenplan „Verantwortungsvolle KI im militärischen Bereich“ (Responsible AI in the Military Domain, REAIM) trotz ihrer Teilnahme am entsprechenden Gipfeltreffen in Seoul (Republik Südkorea) nicht mitgetragen hat;
12. **bekräftigend**, dass bei der Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen, einem Kernbestandteil der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten der NATO, die Kontrolle durch den Menschen gewahrt bleiben muss;
13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. gemeinsame Anstrengungen in Bezug auf KI im zivilen und militärischen Bereich voranzutreiben, damit die NATO ihren technologischen Vorsprung wahrt und ihre Streitkräfte die Vorteile der Technologie nutzen können, und sich gleichzeitig über die operativen, ethischen und rechtlichen Herausforderungen, die mit dem Einsatz von KI verbunden sind, im Klaren zu sein;
 - b. die Entwicklung und Durchsetzung gemeinsamer operativer und taktischer Standards fortzusetzen, um die kollektive Verteidigung zu stärken und künftige Herausforderungen im Bereich der Interoperabilität zu bewältigen, einschließlich nicht abgestimmter Daten, Fragen der Datensouveränität und Lücken bei der Systemintegration;
 - c. sich für die Förderung eines innovativen KI-Ökosystems einzusetzen, das es der NATO ermöglicht, kommerzielle Neuerungen für die Bündnisstreitkräfte nutzbar zu machen und funktionsübergreifende Risikobewertungen durchzuführen, um zivile Dual-Use-Lösungen im militärischen Bereich einzusetzen;
 - d. die Öffentlichkeit gezielt für die Rolle der KI in den Streitkräften zu sensibilisieren, um Vertrauen und Legitimität herzustellen, und Misstrauen und negativen Auswirkungen auf die Demokratie und die Menschenrechte vorzubeugen, indem eine ethisch vertretbare Nutzung unter Wahrung der demokratischen Werte der NATO gewährleistet wird;
 - e. auf einen vorausschauenden und kohärenten strategischen Rahmen und entsprechende Aktivitäten in allen Organen und Mitgliedstaaten der NATO hinzuarbeiten, damit die Leitungsinstanzen mit den technischen Entwicklungen und Innovationen Schritt halten können und gewährleistet ist, dass die ethischen und rechtlichen Leitlinien in der Praxis wirksam umgesetzt werden;

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- f. sicherzustellen, dass alle Verbündeten bei der Adaption von KI mit Blick auf künftige Konflikte ein Mindestniveau erreichen, und zu überlegen, wie kleinere NATO-Staaten zur Standardisierung und Integration beitragen könnten;
- g. auf bestehenden Ansätzen zur Regulierung von KI im militärischen Bereich aufzubauen und bei der Einführung von KI in den Streitkräften eine Balance zwischen militärischen Gesichtspunkten und politischen Prioritäten anzustreben, damit die NATO ihre Einsatzwirksamkeit unter gleichzeitiger Wahrung demokratischer Grundsätze steigern kann;
- h. die ethische Kontrolle zu fördern, indem Vertreter aus dem militärischen und zivilen Bereich sowie der Regulierungsstellen bei der Einführung von Dual-Use-Lösungen einbezogen werden, das Know-how der Privatwirtschaft zu nutzen, um Verzerrungen zu minimieren, sowie die Vielfalt der Belegschaft zu fördern und vorrangig Start-ups zu finanzieren, die sich an die ethischen und rechtlichen Grundsätze der NATO halten;
- i. dafür zu sorgen, dass die Zusammenarbeit mit der EU und anderen Partnern in diesem Bereich einen strukturierten Dialog umfasst, damit die wichtigsten KI-bezogenen Dokumente beider Institutionen, insbesondere in Bezug auf ethische Standards, aufeinander abgestimmt bleiben;
- j. die Entwicklung umfassender und universeller Normen und Standards für den ethisch vertretbaren, rechtmäßigen und verantwortungsvollen Einsatz von KI im militärischen Bereich weiterhin nachdrücklich zu unterstützen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.